

15. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Sonder- und Sommersession 2015



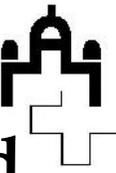
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

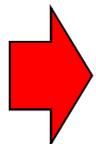
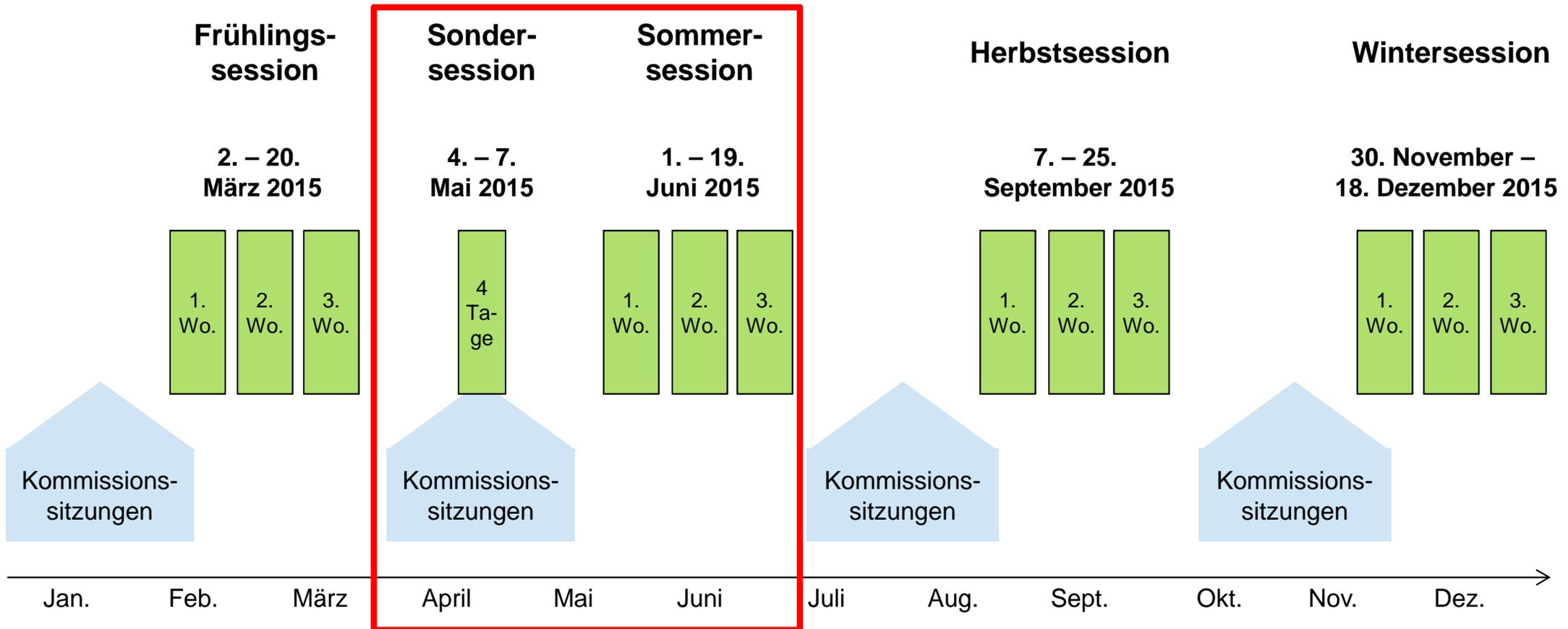
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

3. Besuch im Bundeshaus

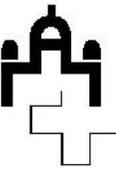
4. Aktualitäten



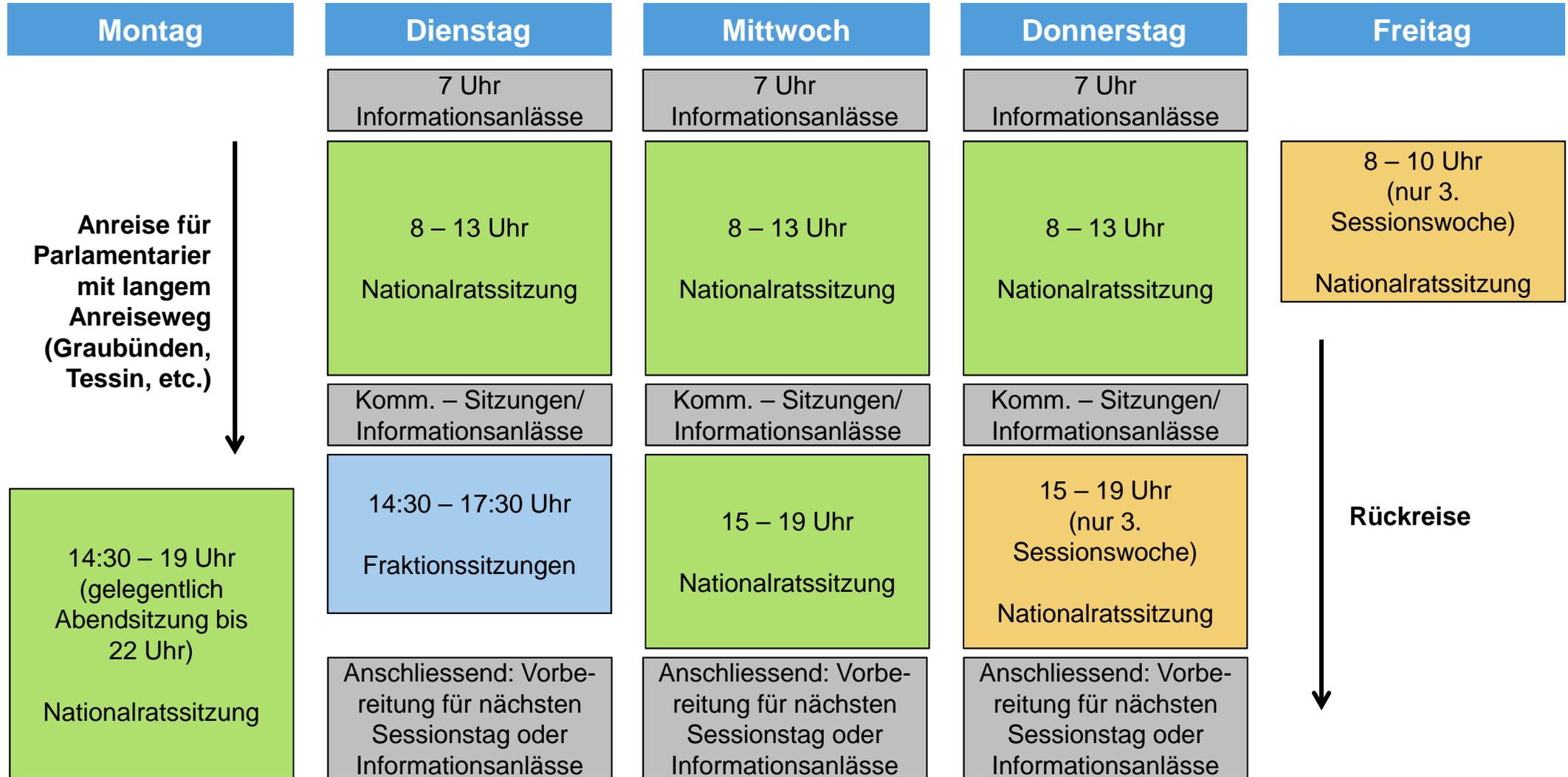
In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Sonder- und Sommersession, sowie über die Kommissionssitzungen bis dahin

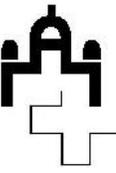


Zusätzlich zu den Sessions und Kommissionssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt

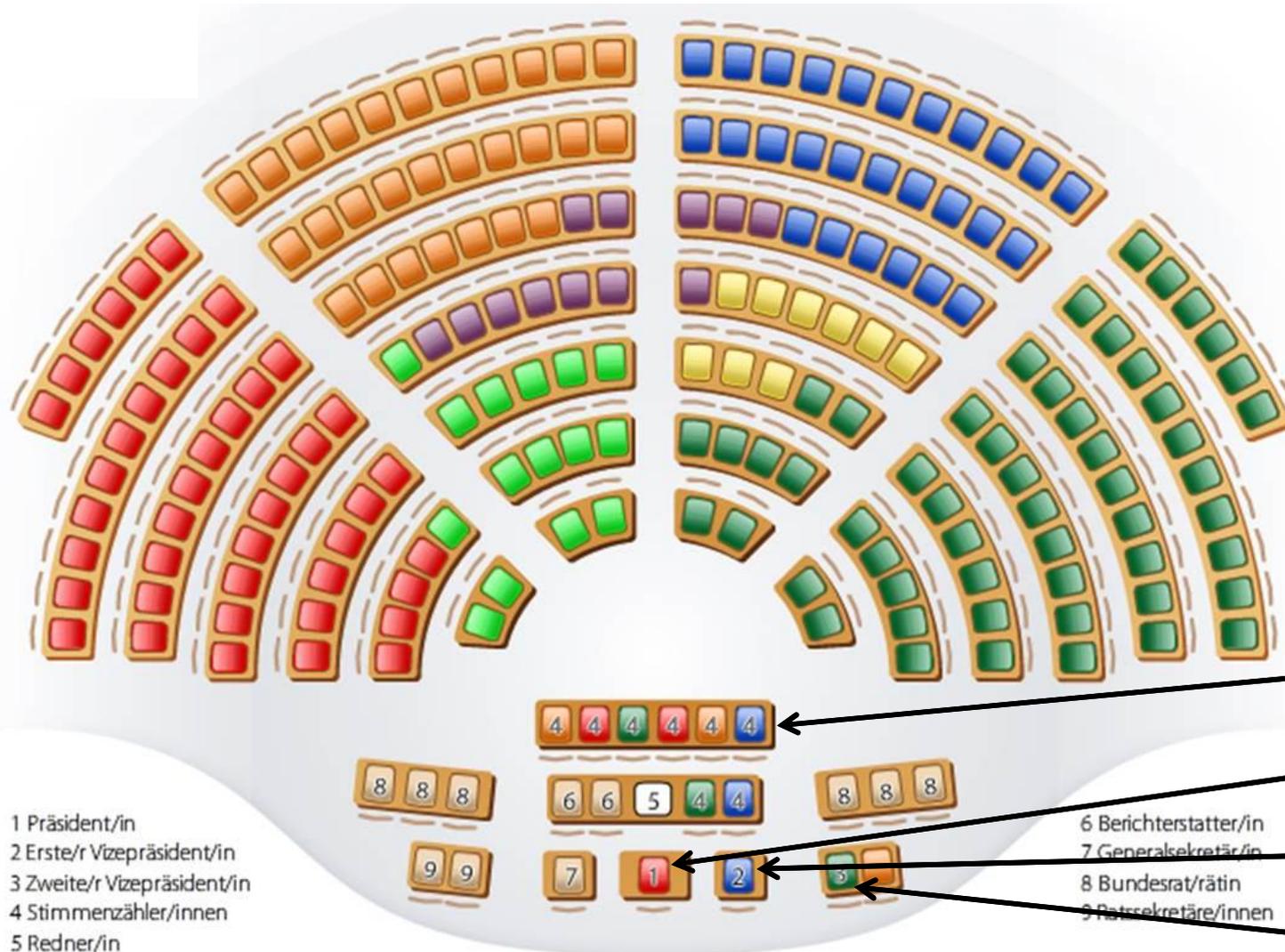


Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der SP präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die SVP



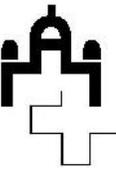
Stärke der Fraktionen im Nationalrat	
SVP:	57
SP:	46
CVP/EVP:	31
FDP:	30
Grüne:	15
GLP:	12
BDP:	9

- 1 Präsident/in
- 2 Erste/r Vizepräsident/in
- 3 Zweite/r Vizepräsident/in
- 4 Stimmzähler/innen
- 5 Redner/in

- 6 Berichterstatter/in
- 7 Generalsekretär/in
- 8 Bundesrat/rätin
- 9 Ratsekretäre/innen

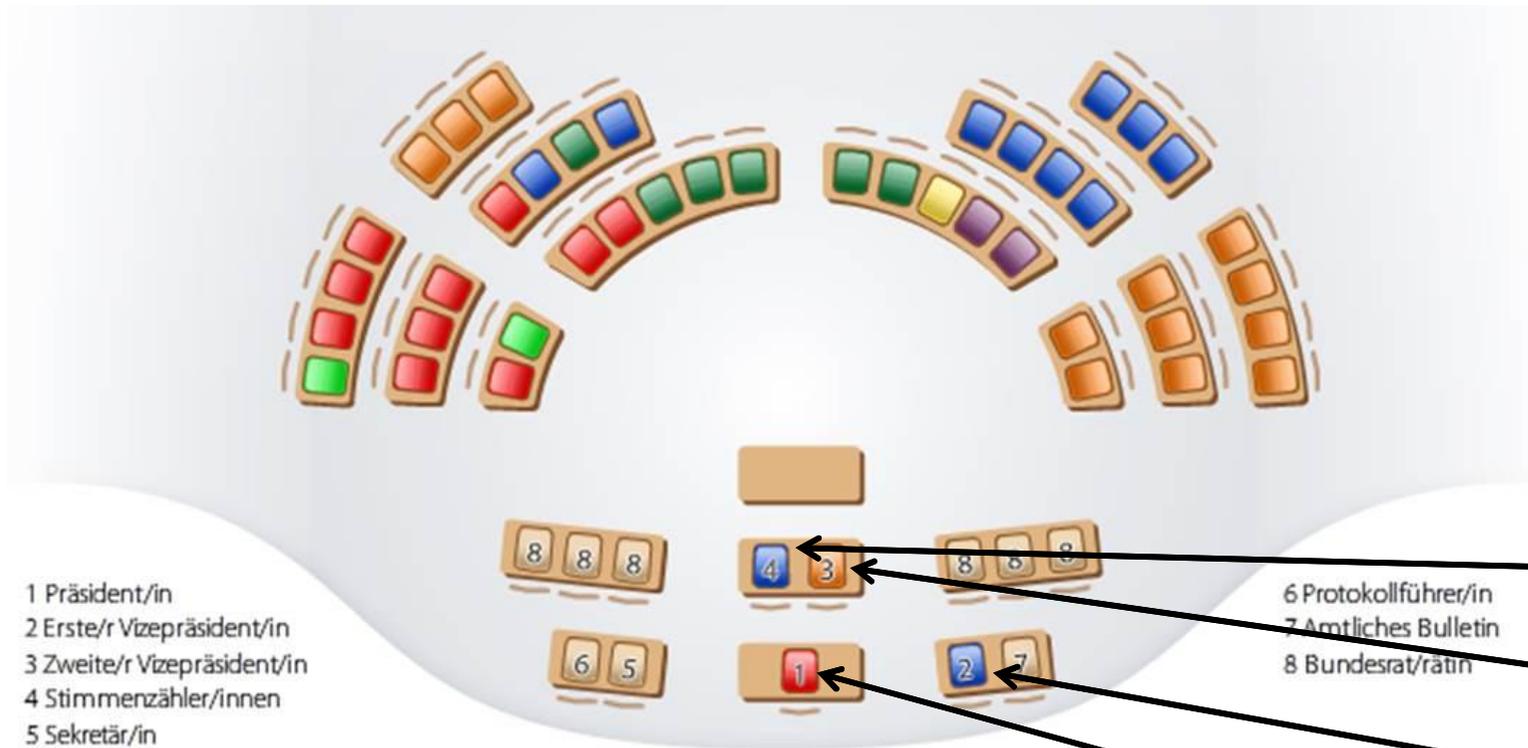
- 8 Stimmzähler
- Präsident (SP)
- 1. Vizepräsident (FDP)
- 2. Vizepräsident (SVP)

Quelle: www.parlament.ch



Der Ständerat wird durch einen Vertreter der SP präsiert, die Vizepräsidenten vertreten die FDP und die CVP

Stärke der Fraktionen im Ständerat	
CVP/EVP:	13
SP:	11
FDP:	11
SVP:	6
Grüne:	2
GLP:	2
BDP:	1



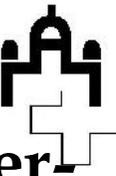
- Stimmezähler (FDP)
- 2. Vizepräsident (CVP)
- 1. Vizepräsident (FDP)
- Präsident (SP)

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

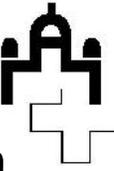
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Sonder- und Sommersession und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Weiterentwicklung der Armee (WEA)
- 2 Asylgesetzrevision: Neustrukturierung des Asylbereichs
- 3 Änderung des Sanktionenrechts im Strafgesetz
- 4 Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen 2016–2019 (NFA)
- 5 Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP)
- 6 Förderung der Kultur in den Jahren 2016-2020 (Kulturbotschaft)
- 7 Standortförderung
- 8 Nationaler Innovationspark in der Schweiz
- 9 Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF)
- 10 Initiative gegen die Heiratsstrafe
- 11 Widerrufsrecht bei Online-Bestellungen
- 12 Diverse weitere Geschäfte



Im Nationalrat wurde die „Weiterentwicklung der Armee“ durch eine Mitte-Links/SVP-Allianz an den Ständerat zurückgesandt

Worum es geht

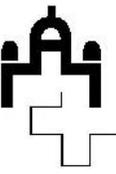
- Die Armee soll gut ausgebildet, modern, vollständig ausgerüstet und regional verankert sein sowie rasch aufgeboden werden können.
- Die Aufgaben der Armee sind unverändert die Verteidigung, die Unterstützung der zivilen Behörden und die Friedensförderung.
- Die Armee soll im Jahr höchstens 5 Mrd. CHF kosten und auf 100'000 Mann (Sollbestand) resp. 140'000 Mann (Effektivbestand) verkleinert werden. Die Rekrutenschule soll 18 Wochen dauern und bei einer Mobilmachung sollen 35'000 Angehörige der Armee in 10 Tagen mobilisiert werden können.

Position der SVP

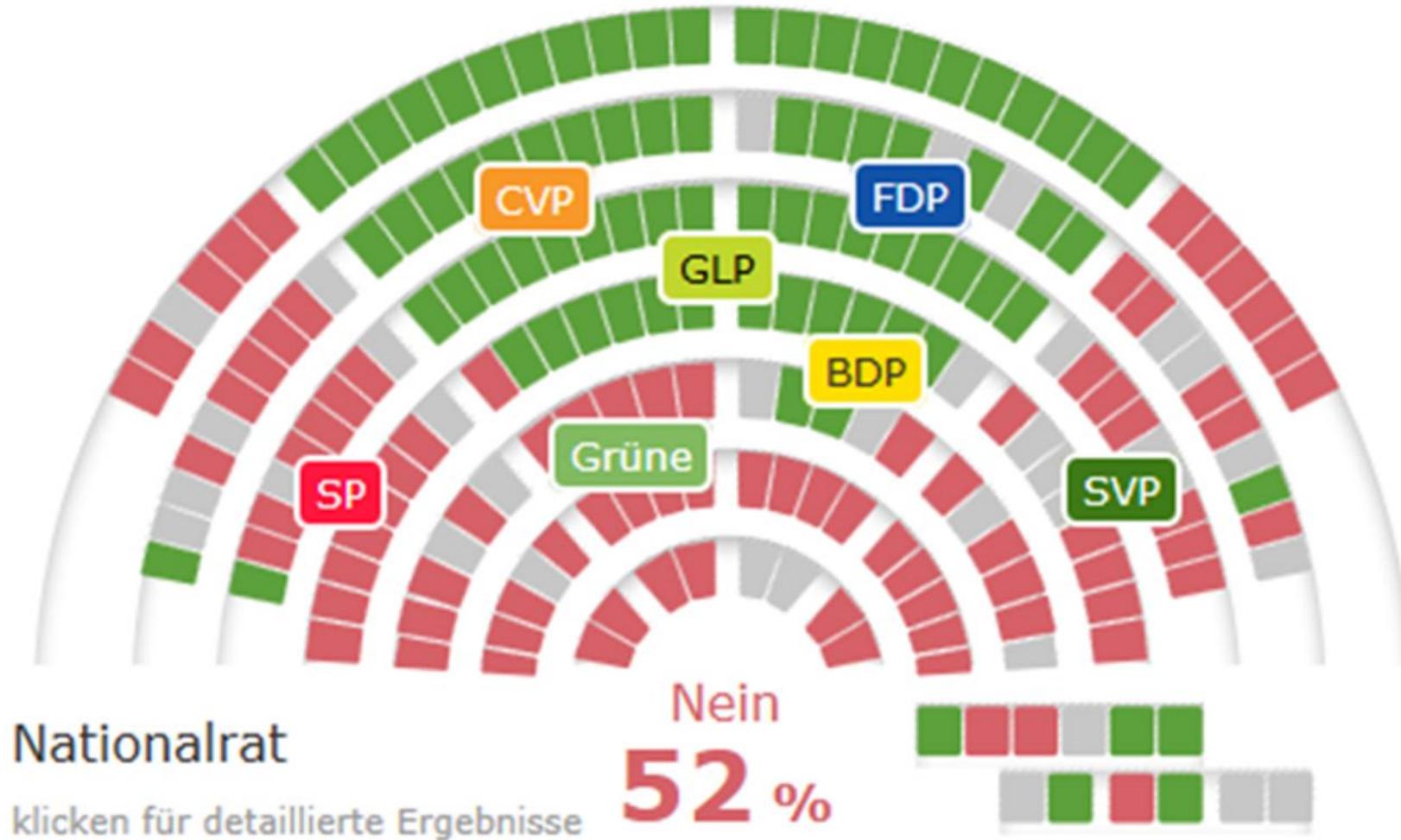
- Die SVP-Fraktion fordert mit der Weiterentwicklung der Armee einen Sollbestand von mindestens 140'000 Armeeangehörigen mit einem Budget von mindestens 5,4 Milliarden Franken pro Jahr. Der Luftpolizeidienst ist rund um die Uhr sicherzustellen. Als Notlösung während einer Übergangszeit sind 2 bis 3 Staffeln Tiger F-5 weiter zu betreiben. Zudem wird die Beschaffung von Transportflugzeugen abgelehnt.

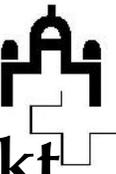
Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat möchte nur noch fünf dreiwöchige statt sechs zweiwöchige WKs. Zudem beschliesst er gegen den Willen der SVP den Kauf von Transportflugzeugen.
- Der Nationalrat hat die finanzielle Sicherung von 5 Milliarden Franken und damit einen Minimalbestand von 100'000 einsatzfähigen Armeeangehörigen nicht im Gesetz garantieren wollen. Da damit die Sicherheit der Schweiz nicht gewährleistet werden kann, unterstützt die SVP die Vorlage nicht und lehnt sie mit Mitte-Links ab.
- Die Vorlage geht nun wieder an den Ständerat.



Weil der Nationalrat die Finanzierung von 5 Milliarden Franken nicht im Gesetz garantieren will, lehnt die SVP die WEA ab





Der Ständerat möchte Asylbewerbern in Zukunft uneingeschränkt kostenlose Beratung und Rechtsvertretung gewähren

Worum es geht

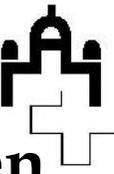
- Asylgesuche, bei denen keine weiteren Abklärungen notwendig sind, sollen in einem beschleunigten Verfahren **mit ausgebautem Rechtsschutz** behandelt werden (ca. 20%). Die betroffenen Asylsuchenden werden für die Dauer des Verfahrens und des Wegweisungsvollzugs in den Zentren des Bundes untergebracht (max. 100 Tage). Dasselbe gilt für Asylsuchende im Dublin-Verfahren (ca. 40%; max. 140 Tage in Bundeszentren).
- Sind weitere Abklärungen notwendig, wird ein Asylgesuch in einem erweiterten Verfahren behandelt (ca. 40%). Für dieses Verfahren werden die Asylsuchenden wie bisher den Kantonen zugewiesen. Es soll innerhalb eines Jahres rechtskräftig abgeschlossen werden, einschliesslich des Vollzugs einer allfälligen Wegweisung.
- Als **flankierende Massnahme** zum raschen Verfahren soll Asylsuchenden ein Anspruch auf kostenlose Beratung über das Asylverfahren und eine kostenlose Rechtsvertretung gewährt werden.

Position der SVP

- Die SVP kritisiert die Vorlage, welche realitätsfern ist und vor allem den Asylbewerbern mehr Rechte gibt. Diese erhalten uneingeschränkt kostenlose Beratung und Rechtsvertretung.

Ergebnis in den Räten

- Als einzige Verschärfung beschliesst der Ständerat, dass renitente Asylsuchende zwingend in besonderen Zentren untergebracht werden müssen. Anschliessend heisst er die Vorlage gegen den Willen der SVP gut.
- Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.



Das Parlament will im Strafgesetz weiterhin bedingte Geldstrafen zulassen – die SVP lehnt die Vorlage daraufhin ab

Worum es geht

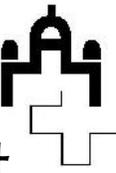
- Aufgrund der anhaltenden Kritik am Strafrecht – vor allem aus der Praxis – sollen zum einen an der Geldstrafe Änderungen vorgenommen werden: Diese soll nur noch unbedingt und nur noch bis zu 180 statt wie bisher zu 360 Tagessätzen ausgesprochen werden können. Zum andern sollen auch kurze Freiheitsstrafen wieder möglich sein. Der Vorrang der Geldstrafe anstelle sogenannter kurzer Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten soll aufgegeben werden.
- Generell will diese Revision die Geldstrafe zurückdrängen; sie will deren Vorrang gegenüber der Freiheitsstrafe sowie die Möglichkeit des bedingten Vollzugs von Geldstrafen abschaffen. Dies führt dazu, dass wieder vermehrt kurze unbedingte Freiheitsstrafen ausgesprochen werden können und vollzogen werden müssen.

Position der SVP

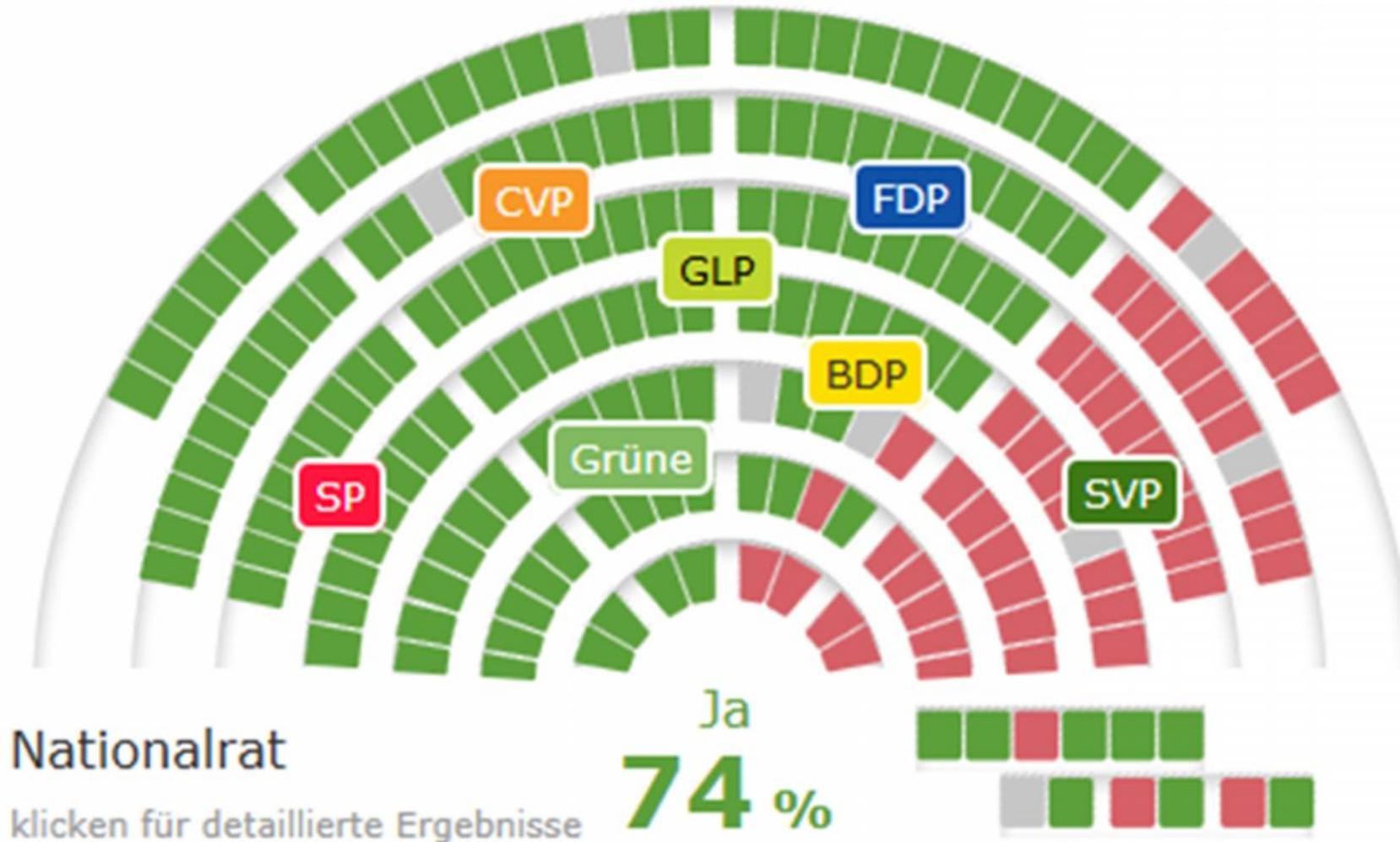
- Die SVP beantragt, die erst vor sieben Jahren eingeführte Geldstrafe (86% aller Strafen) ganz abzuschaffen, denn ihr fehlt das nötige Abschreckungspotenzial. Sollte der Rat die Geldstrafe nicht abschaffen, droht sie mit der Ablehnung der Vorlage.

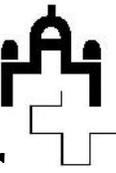
Ergebnis in den Räten

- Geldstrafen können weiterhin bedingt ausgesprochen werden. Sie werden bloss etwas zurückgedrängt, indem sie nur bis höchstens sechs Monate und nicht bis zu einem Jahr ausgesprochen werden können. Kurze Freiheitsstrafen gibt es zwar wieder, Geldstrafen haben aber weiterhin Vorrang. Dies sind die Eckwerte der Revision des Sanktionenrechts, die das Parlament wegen der öffentlichen Kritik an den bedingten Geldstrafen in Auftrag gegeben hatte.
- Die SVP lehnt die Vorlage ab, da sie in dieser Form nichts bringt.



Weil der Rat die Abschaffung der bedingten Geldstrafen ablehnt und den Geldstrafen den Vorrang vor kurzen Freiheitsstrafen gibt, lehnt die SVP die Änderung des Strafgesetzes ab





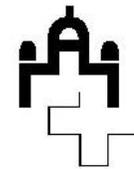
Die Vertreter der Nehmerkantone, welche in beiden Räten in der Mehrheit sind, erhöhen sich die eigenen Unterstützungsbeiträge

Worum es geht

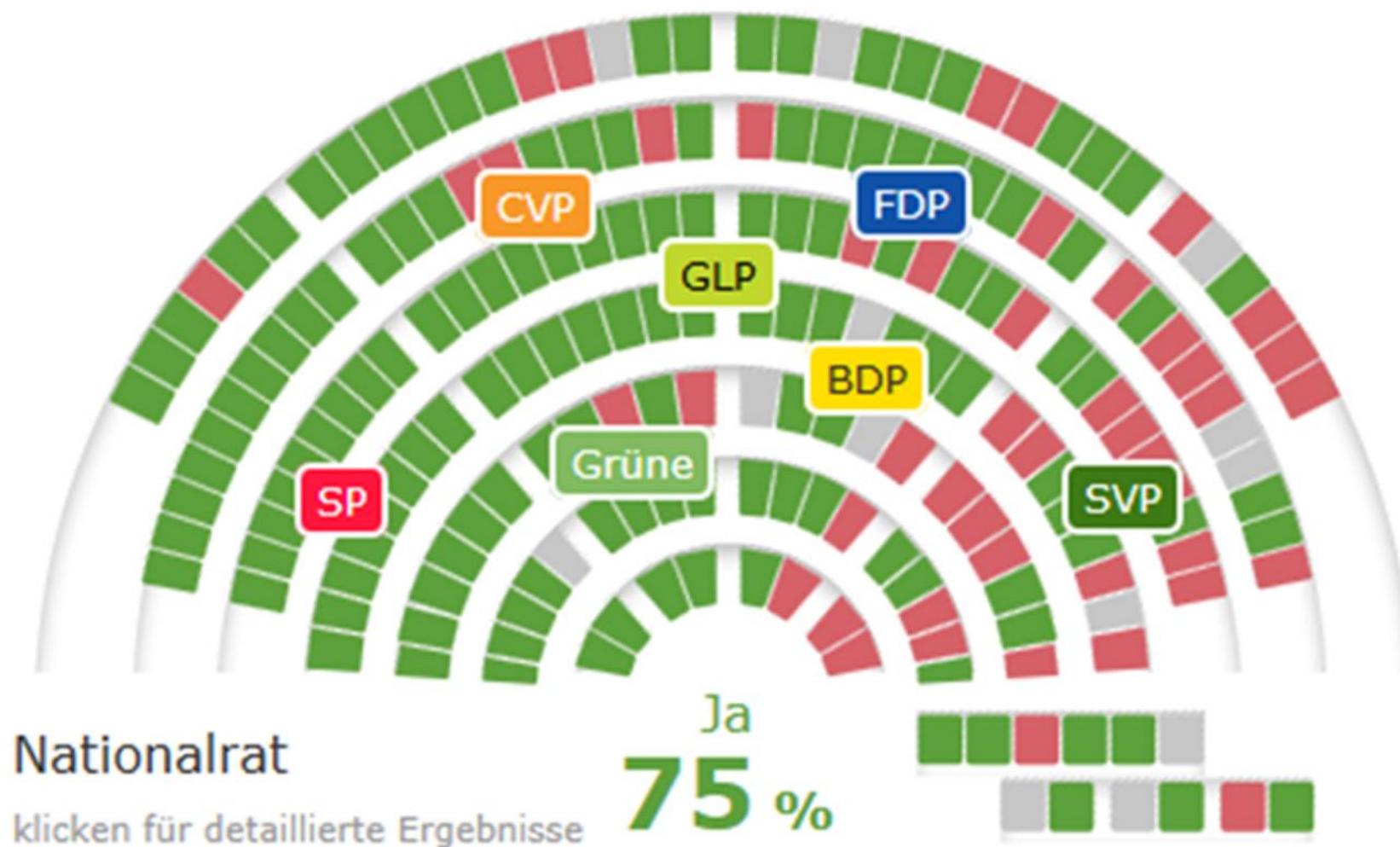
Position der SVP

Ergebnis in den Räten

- Der zweite NFA-Wirksamkeitsbericht liest sich wie folgt: *„Der Wirksamkeitsbericht kommt zum Schluss, dass der Finanzausgleich gut funktioniert. Er hat keine gravierenden Schwachstellen oder Mängel aufgezeigt. Aus diesem Grund drängen sich aus Sicht des Bundesrates keine grundlegenden Änderungen am System auf. Aufgrund der Tatsache, dass das Mindestausstattungsziel in der Vierjahresperiode 2012–2015 deutlich übertroffen worden ist, schlägt der Bundesrat für die nächste Vierjahresperiode eine Reduktion der Dotation des Ressourcenausgleichs vor.“*
- Die Reduktion der Dotation des Ressourcenausgleichs soll dazu führen, dass der ressourcenschwächste Kanton die Ressourcenzielgrösse von 85% knapp erreicht, aber nicht stark übertrifft. Dies entspricht der Zielsetzung des NFA, als dieser eingeführt wurde.
- Die SVP lehnt grundsätzlich zu viel Umverteilung ab. Beim NFA stützt sie deshalb die bundesrätliche Position auf eine Neukalibrierung der Dotation des Ressourcenausgleichs.
- Im Streit um den Nationalen Finanzausgleich setzen sich die NFA-Geberkantonsvertreter im Parlament durch:
 - Der **Grundbeitrag des Bundes** an den Ressourcenausgleich für die Jahre 2016–2019 wird gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag **um 98 Millionen Franken pro Jahr erhöht.**
 - Der **Grundbeitrag der ressourcenstarken Kantone** an den Ressourcenausgleich für die Jahre 2016–2019 wird gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag **um 67 Millionen Franken pro Jahr erhöht.**
- Je nach Entwicklung des Ressourcenpotenzials bedeutet dieser Beschluss, dass die Geberkantone nächstes Jahr wiederum mehr an die NFA-Nehmerkantone abliefern müssen.



Die Vorlage mit finanzieller Aufstockung gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag findet breite Unterstützung



4 NFA: Ressourcen- und Lastenausgleich

**Einzig in der SVP
stimmt eine Mehrheit
für eine Reduktion der
Umverteilungssumme
gemäss dem bundes-
rätlichen Vorschlag**

Aebi Andreas	-	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	+	V	ZG
Allemann	+	S	BE
Amanuelle	-	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	-	CE	VS
Amstutz	+	V	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH
Barazzone	+	CE	GE
Bäumle	0	GL	ZH
Bemasconi	+	S	GE
Bertschy	-	GL	BE
Binder	+	V	ZH
Birrer-Heimo	-	S	LU
Böhni	0	GL	TG
Borer	+	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bourgeois	-	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brunner	+	V	SG
Büchel Roland	=	V	SG
Büchler Jakob	-	CE	SG
Bugnon	-	V	VD
Bulliard	-	CE	FR
Buttet	-	CE	VS
Candinas	-	CE	GR
Carobbio Guscelli	-	S	TI
Caroni	=	RL	AR
Cassis	-	RL	TI
Chevalley	-	GL	VD
Chopard-Acklin	-	S	AG
Clottu	-	V	NE
Darbellay	0	CE	VS
de Buman	-	CE	FR
de Courten	+	V	BL
Dender	-	RL	VD
Egloff	+	V	ZH
Eichenberger	-	RL	AG
Estermann	+	V	LU
Fässler Daniel	-	CE	AI
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Jacqueline	0	S	ZH
Feller	-	RL	VD
Ferri Yvonne	-	S	AG
Fiala	E	RL	ZH
Fischer Roland	-	GL	LU
Flach	-	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Fluri	-	RL	SO

Français	-	RL	VD
Frehner	+	V	BS
Freysinger	-	V	VS
Friedl	-	S	JU
Galladé	+	S	ZH
Gasche	-	BD	BE
Gasser	-	GL	GR
Geissbühler	E	V	BE
Germanier	-	RL	VS
Giezendanner	+	V	AG
Gili	-	G	SG
Girod	+	G	ZH
Glanzmann	-	CE	LU
Glättli	+	G	ZH
Gmür	0	CE	SZ
Golay	-	V	GE
Gössi	+	RL	SZ
Graber Jean-Pierre	-	V	BE
Graf Maya	+	G	BL
Graf-Litscher	-	S	TG
Grin	+	V	VD
Gross Andreas	E	S	ZH
Grossen Jürg	-	GL	BE
Grunder	E	BD	BE
Gschwind	-	CE	JU
Guhl	-	BD	AG
Gysi	-	S	SG
Hadom	-	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Häsler	-	G	BE
Hassler	-	BD	GR
Hausammann	+	V	TG
Heer	+	V	ZH
Helm	-	S	SO
Herzog	+	V	TG
Hess Lorenz	-	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Huber	+	RL	UR
Humbel	-	CE	AG
Hurter Thomas	+	V	SH
Inqold	+	CE	ZH
Jans	+	S	BS
Joder	+	V	BE
John-Calame	-	G	NE
Jositsch	+	S	ZH
Keller Peter	+	V	NW
Kessler	-	GL	SG
Kiener Nellen	-	S	BE
Killer Hans	-	V	AG

Knecht	-	V	AG
Landolt	-	BD	GL
Lehmann	+	CE	BS
Leutenberger-Genève	+	G	GE
Leutenegger Oberholzer	-	S	BL
Lohr	-	CE	TG
Lüscher	+	RL	GE
Lustenberger	-	CE	LU
Mahner	+	G	GE
Maier Thomas	-	GL	ZH
Maire Jacques-André	-	S	NE
Markwalder	-	RL	BE
Marra	-	S	VD
Masshardt	+	S	BE
Matter	+	V	ZH
Meier-Schatz	-	CE	SG
Merlini	-	RL	TI
Miesch	+	V	BL
Monnard	-	RL	NE
Moret	-	RL	VD
Mörgeli	+	V	ZH
Moser	-	GL	ZH
Müller Geri	+	G	AG
Müller Leo	-	CE	LU
Müller Philipp	-	RL	AG
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altermatt	-	CE	SO
Munz	-	S	SH
Mürli	+	V	LU
Naef	-	S	ZH
Neiryck	-	CE	VD
Nidegger	+	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Noser	+	RL	ZH
Nussbaumer	-	S	BL
Pantani	+	V	TI
Pardini	-	S	BE
PerrinJaquet	-	RL	NE
Pezzatti	+	RL	ZG
Pfister Gerhard	0	CE	ZG
Pieren	+	V	BE
Piller Carrard	-	S	FR
Portmann	+	RL	ZH
Quadranti	+	BD	ZH
Quadr	+	V	TI
Regazzi	-	CE	TI
Reimann Lukas	+	V	SG
Reimann Maximilian	-	V	AG

Reynard	-	S	VS
Rickli Natale	+	V	ZH
Riklin Kathy	+	CE	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	-	CE	SG
Romano	-	CE	TI
Rossini	P	S	VS
Rösti	-	V	BE
Rutz Rebecca	-	S	VD
Rusconi	+	V	TI
Rutz Gregor	+	V	ZH
Rytz Regula	+	G	BE
Scheibert	-	G	LU
Schenker Silvia	+	S	BS
Schibi	+	V	ZH
Schilliger	-	RL	LU
Schläfli	-	CE	SO
Schmid-Federer	+	CE	ZH
Schneeberger	+	RL	BL
Schneider Schüttel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	+	CE	BL
Schwaab	-	S	VD
Schwander	+	V	SZ
Semadeni	-	S	GR
Siegenthaler	-	BD	BE
Sommaruga Carlo	+	S	GE
Stahl	+	V	ZH
Stamm	-	V	AG
Steiert	0	S	FR
Stolz	+	RL	BS
Streiff	-	CE	BE
Thorens Goumaz	-	G	VD
Tomare	-	S	GE
Trede	-	G	BE
Tschäppät	+	S	BE
Tschümperlin	+	S	SZ
van Singer	-	G	VD
Veillon	+	V	VD
Vischer Daniel	+	G	ZH
Vitali	-	RL	LU
Vogler	-	CE	OW
von Siebenthal	-	V	BE
Voruz	-	S	VD
Walter	+	V	TG
Walz Beat	+	RL	ZH
Wasserfallen	+	RL	BE
Weibel	=	GL	ZH
Wiemuth	-	S	AG
Winkler	+	BD	ZH
Wobmann	+	V	SO

	BL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot
+ Ja / oui / si		6	2	8	11	12	39	78
- Nein / non / no	9	22	6	7	17	30	16	107
= Enth. / abst. / ast.					1		1	3
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1		1	1	1	4
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	2	3				2		7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



Nach Annahme des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets, wird bereits das nächste Sparprogramm aufgegleist

Worum es geht

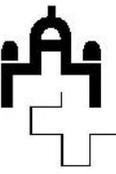
- Die SVP unterstützte eine Motion der Finanzkommission im Jahr 2011, welche die Aufgabenüberprüfung fortsetzen und Einsparungen von mindestens CHF 1 Milliarde pro Jahr beim Bundeshaushalt finden wollte. Als Antwort auf diese Motion präsentierte der Bundesrat das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014.

Position der SVP

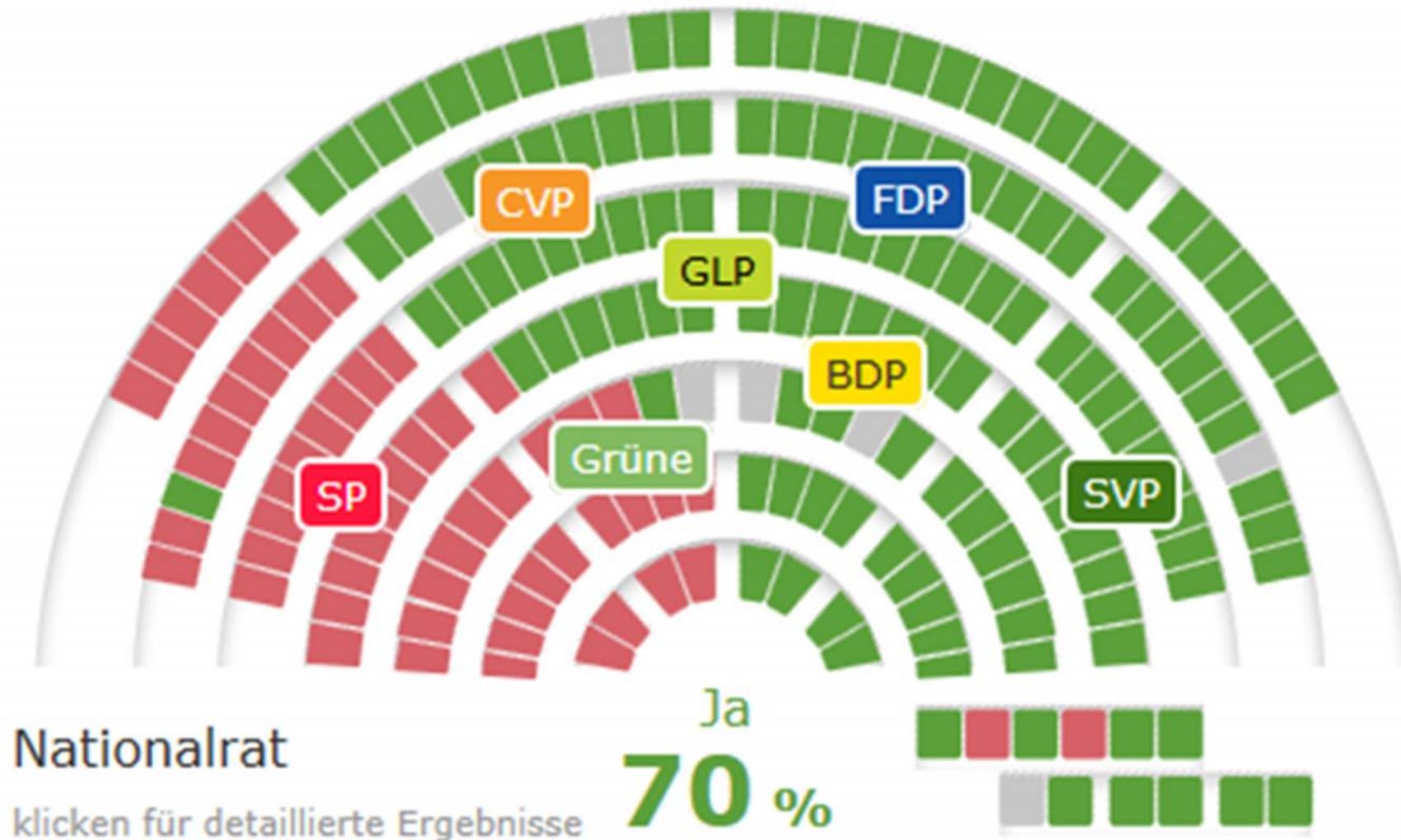
- Die SVP lehnt das vorgeschlagene KAPG ab, da keine echte Aufgabenüberprüfung vorgenommen wurde. Stattdessen werden Ausgaben um einige Jahre nach hinten geschoben und bei der grössten „Kostensparnis“ wird einfach Geld von der AHV zum Bundeshaushalt transferiert (über eine Senkung des Verzinsungszinssatzes).
- In ihrem Rückweisungsantrag forderte die SVP, dass das Ausgabenwachstum für die Periode 2014-16 auf maximal das effektive Wirtschaftswachstum beschränkt würde, und dass die Personalausgaben um ca. 20% gesenkt würden.

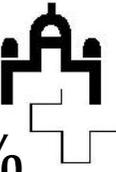
Ergebnis in den Räten

- Bei den letzten Differenzen, welche aufgrund der zeitlichen Verzögerung nur noch das Budget 2016 betreffen, folgt der Ständerat bei der Landwirtschaft dem Nationalrat und verzichtet auf Einsparungen. Dafür folgt der Nationalrat dem Ständerat bei der Senkung der Verzinsung der IV-Schuld bei der AHV von 2% auf 1%. Die SVP lehnt diese Umlagerung zulasten der AHV ab.
- Der Bund wird somit im Jahr 2016 bei den Ausgaben 635 Millionen Franken einsparen.
- Aufgrund der Konjunkturschwäche arbeitet der Bundesrat aber schon am nächsten Sparprogramm, mit welchem 800 Millionen Franken im Jahr 2017, 1 Milliarde im Jahr 2018 und 1,2 Milliarden Franken im Jahr 2019 eingespart werden sollen.



In der Schlussabstimmung stimmt nur noch die Linke gegen das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP)





Trotz angekündigtem Sparprogramm gibt das Parlament fast 20% mehr für „Kulturförderung“ aus – die SVP wehrt sich vergeblich

Worum es geht

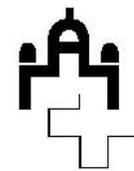
- Die Kulturbotschaft 2016–2020 definiert neue strategische Handlungsachsen für die Kulturpolitik des Bundes und legt das Fundament für eine „Nationale Kulturpolitik“. Die Neuausrichtung der strategische Handlungsachsen führt in den einzelnen Förderbereichen zu neuen Fördermassnahmen.
- Die mit der Kulturbotschaft beantragten Finanzierungsbeschlüsse belaufen sich auf insgesamt 1'122 Millionen Franken für die Förderperiode 2016-2020. Die beantragten Kredite liegen damit für die gesamte Finanzierungsperiode 2016-2020 65,1 Millionen Franken respektive 6,2 Prozent über der Finanzplanung des Bundes.

Position der SVP

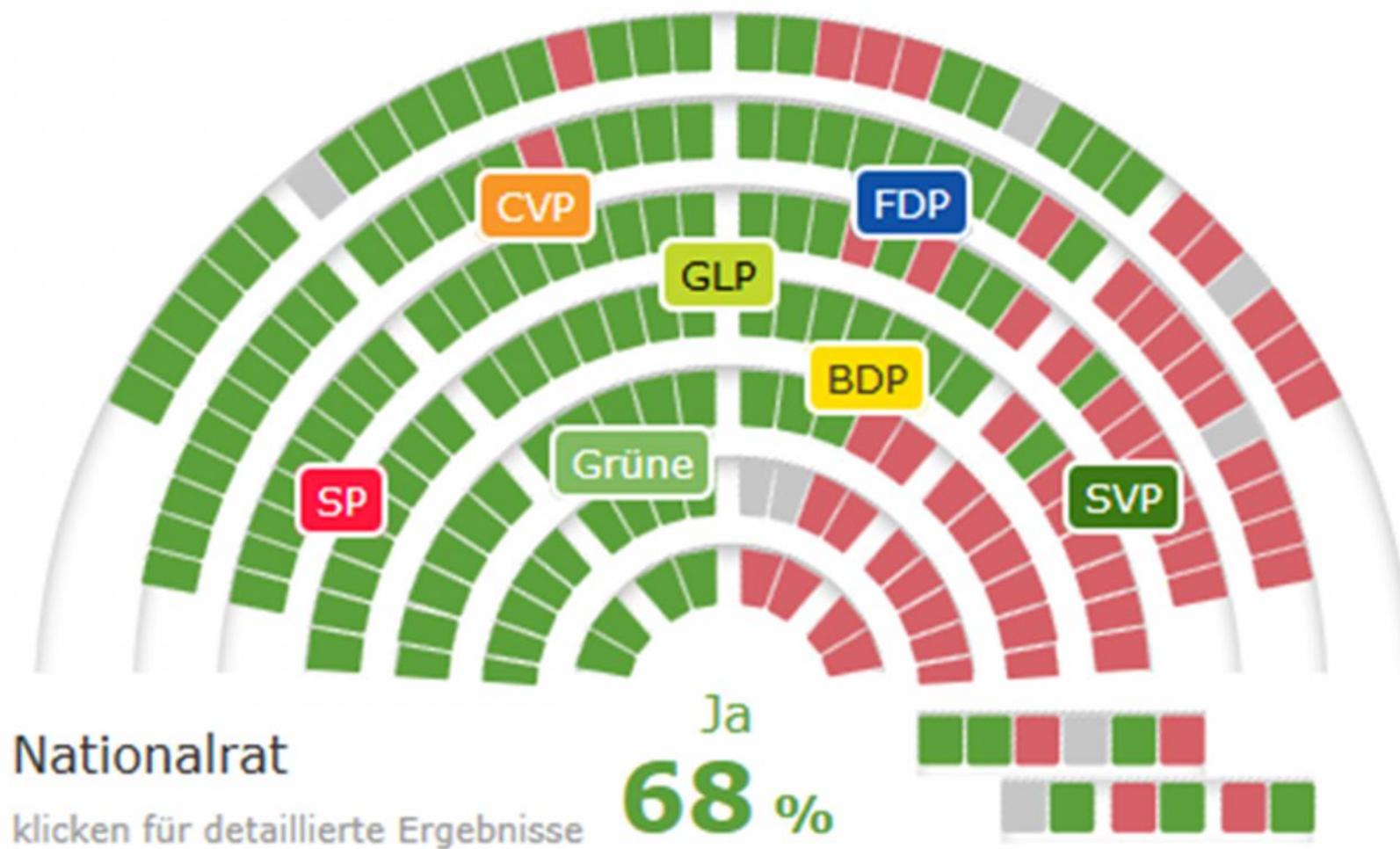
- Die SVP lehnt die massive Ausgabenerhöhung und eine weitere Zentralisierung der Kulturpolitik ab. Stattdessen verlangt sie die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, denn der Bund darf nur ergänzend zu den Gemeinden und Kantonen tätig sein.

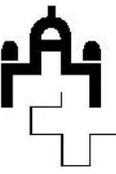
Ergebnis in den Räten

- Der Ständerat stellt sich entgegen dem Willen der SVP hinter die Kulturpolitik des Bundesrats für die kommenden Jahre und stockt diese sogar um 3 Mio. CHF auf.
- Auch der Nationalrat folgt dem Ständerat und heisst die Kulturbotschaft und deren Finanzierung gut. Die Kulturförderung für die Jahre 2016 bis 2020 ist damit unter Dach und Fach.
- Die SVP wollte die Kulturbotschaft zurückweisen mit dem Auftrag, die Ausgaben auf dem Niveau von 2014 zu belassen, also bei 976,5 Millionen Franken – dies hätte auch dem von den bürgerlichen Parteipräsidenten unterzeichneten Übereinkommen entsprochen. Der Antrag wird mit 128 zu 65 Stimmen verworfen. Auch mit ihren Kürzungsanträgen hat die SVP keine Chance.

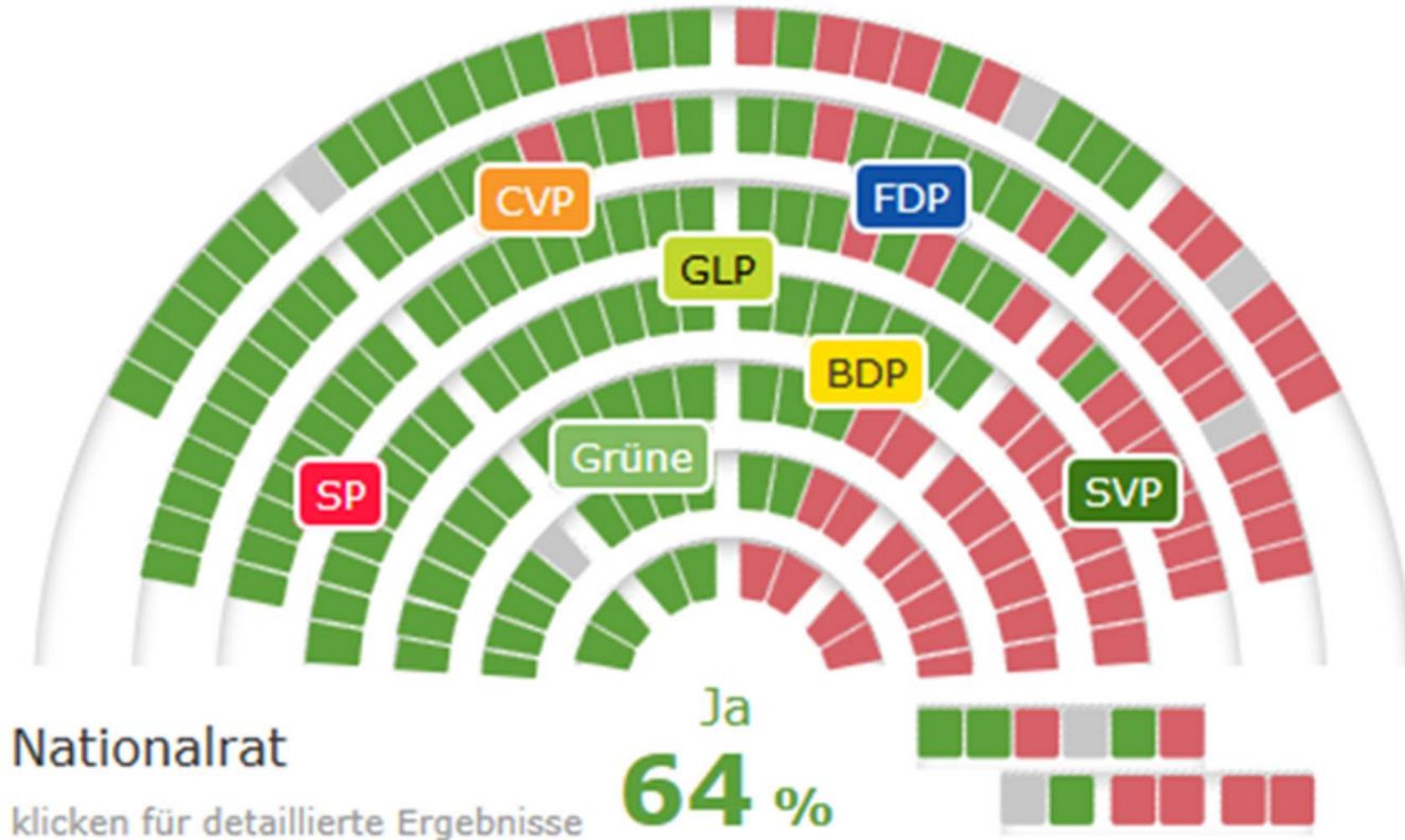


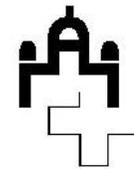
Der erhöhte Bundesbeschluss über Finanzhilfen für das Bundesamt für Kultur wird nur von der SVP abgelehnt



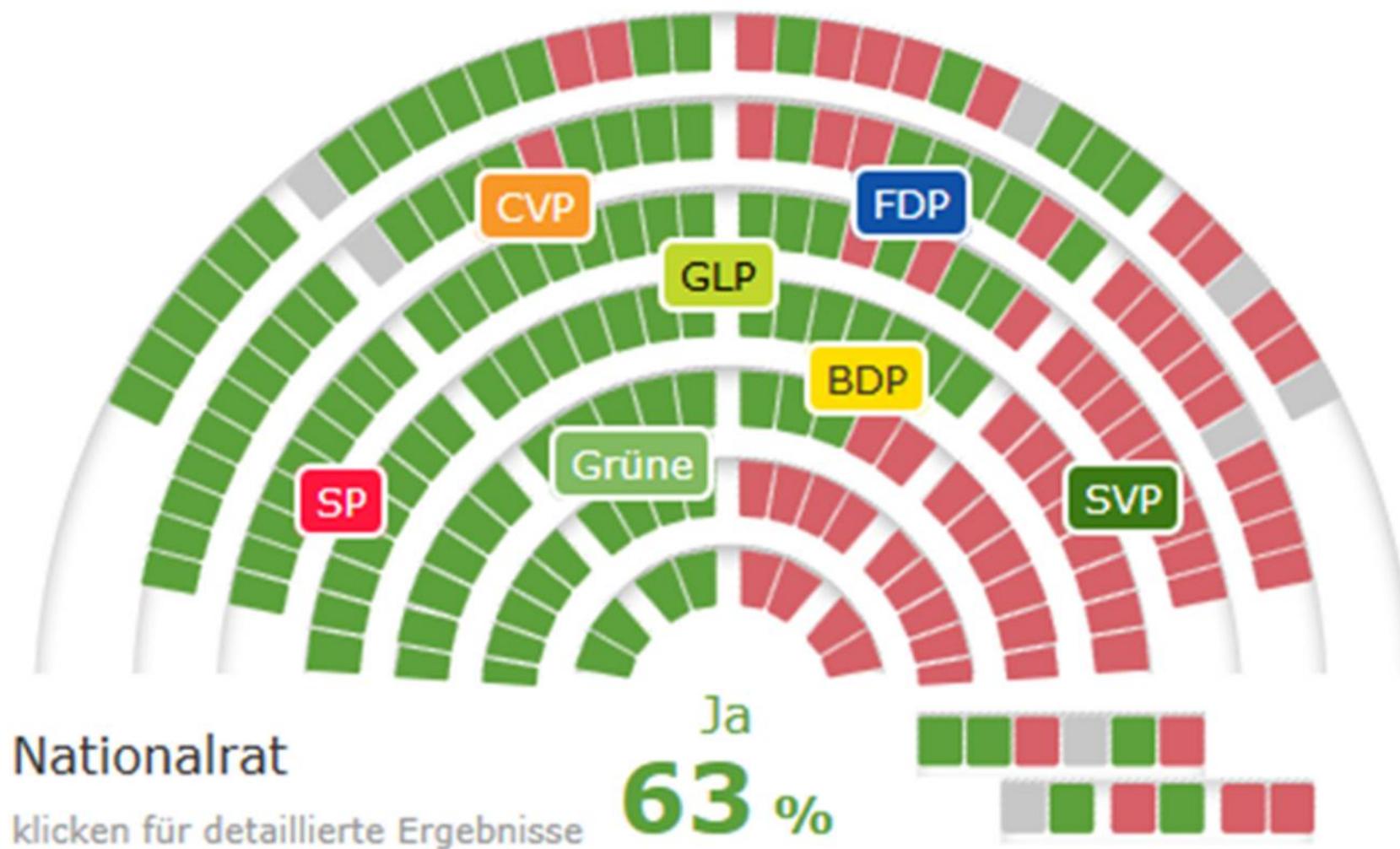


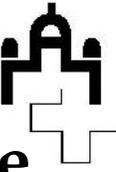
Auch der aufgestockte Zahlungsrahmen im Bereich Film wird nur von der SVP abgelehnt





Auch der erhöhte Zahlungsrahmen für Pro Helvetia wird vom Parlament grossmehrheitlich angenommen





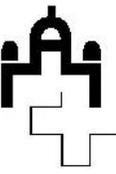
Bei der Standortförderung, welche insb. den Bergregionen zugute kommt, beschliesst der Nationalrat Ausgabenerhöhungen

Worum es geht

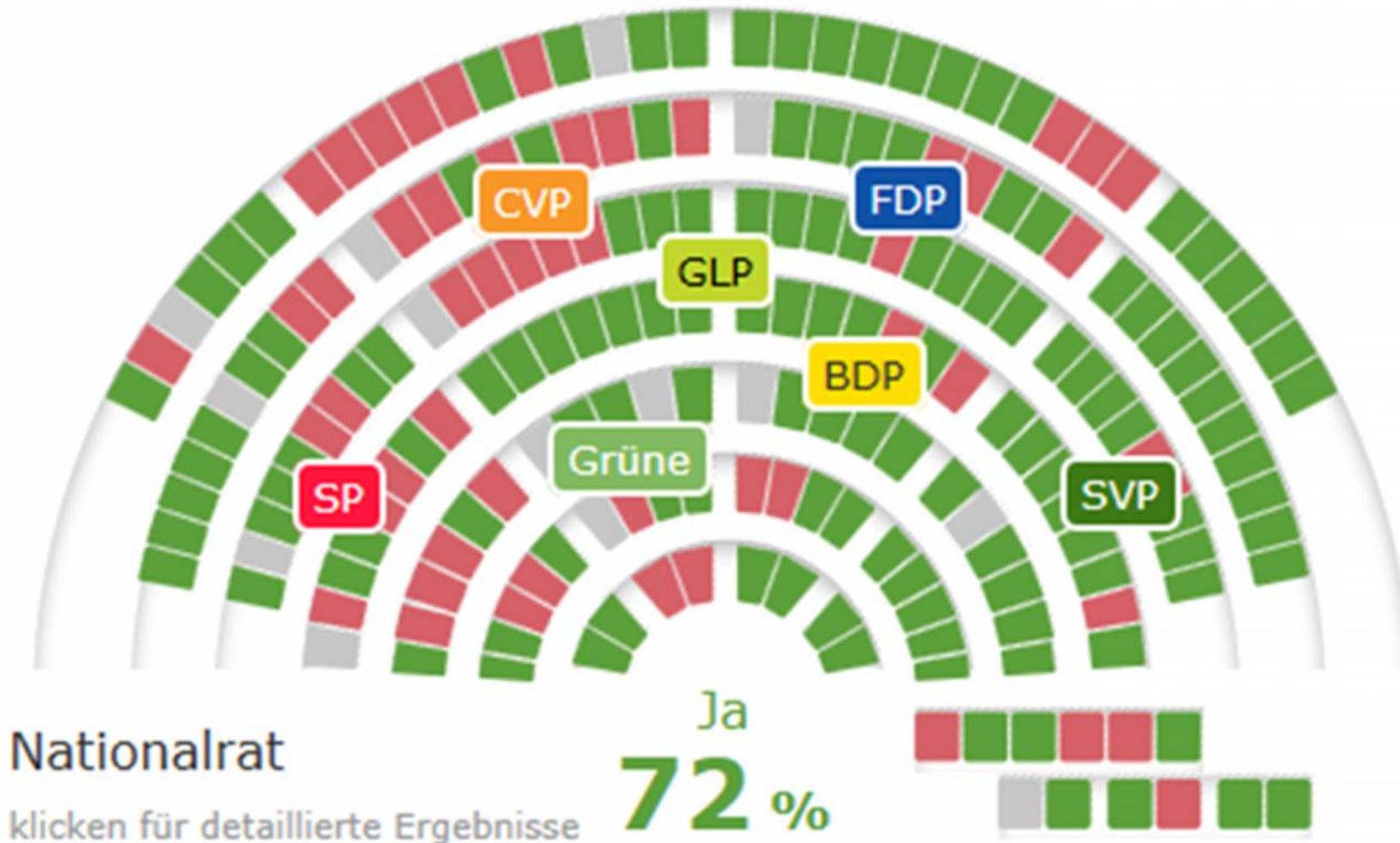
Position der SVP

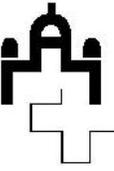
Ergebnis in den Räten

- Unter dem Begriff „Standortförderung“ will der Bundesrat Subventionsgelder in der Höhe von etwas mehr als 600 Millionen Franken für diese Instrumente verteilen:
 - Bundesbeschluss über die Finanzierung der E-Government-Aktivitäten für kleine und mittelgrosse Unternehmen für die Jahre 2016–2019: **17,7 Mio. Fr.**
 - Bundesbeschluss über die Finanzierung der Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus: **30 Mio. Fr.**
 - Bundesbeschluss über die Finanzhilfe an Schweiz Tourismus für die Jahre 2016–2019: **220,5 Mio. Fr.**
 - Bundesbeschluss über die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2016–2019: **89,6 Mio. Fr.**
 - Bundesbeschluss über die Finanzierung der Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz für die Jahre 2016–2019: **16,4 Mio. Fr.**
- Ferner beantragt er einen Zahlungsrahmen von **230 Mio. Franken** für die Jahre 2016–2023 für weitere Einlagen in den Fonds für Regionalentwicklung.
- Die SVP fordert grundsätzlich eine Plafonierung der Ausgaben auf dem Stand des Jahres 2014.
- Der Nationalrat will den Standort Schweiz in den Jahren 2016 bis 2019 mit 368,9 Millionen Franken fördern. Einer Plafonierung der Ausgaben auf den Stand von 2014 unterstützt er einzig beim E-Government. Verschont bleibt dagegen der Tourismus. Die Marketingorganisation Schweiz Tourismus erhält den Löwenanteil der Fördergelder, insgesamt 220,5 Millionen Franken für die nächsten vier Jahre.
- Das Geschäft geht nun in den Ständerat.



Insbesondere CVP- und Bergkantonsvertreter stimmen für eine weitergehende Ausgabenerhöhung bei der Tourismusförderung





Der Nationalrat befürwortet die Subvention eines „Innovationsparks“ mit der Abgabe von Bauland und finanziellen Mitteln

Worum es geht

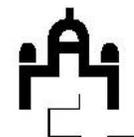
- Die eidgenössischen Räte haben 2012 mit der Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG) die gesetzlichen Grundlagen für die Unterstützung des Bundes zugunsten eines Innovationsparks geschaffen.
- In der Startkonfiguration soll der Schweizerische Innovationspark aus zwei Hub-Standorten im Umfeld der beiden ETHs und zwei Netzwerkstandorten bestehen.
- Mit dem Kreditbeschluss beantragt der Bundesrat einen Rahmenkredit von 350 Millionen Franken zur Verbürgung zweckgebundener Darlehen.
- Mit dem Grundsatzbeschluss beantragt der Bundesrat die Zustimmung zur Unterstützung des Innovationsparks durch die Abgabe von Grundstücken im Besitz des Bundes (insb. der wichtigsten strategischen Landreserve, Teile des Militärflugplatzes Dübendorf). Die Abgabe soll grundsätzlich im Baurecht und ohne Verzicht auf Baurechtszinsen erfolgen.

Position der SVP

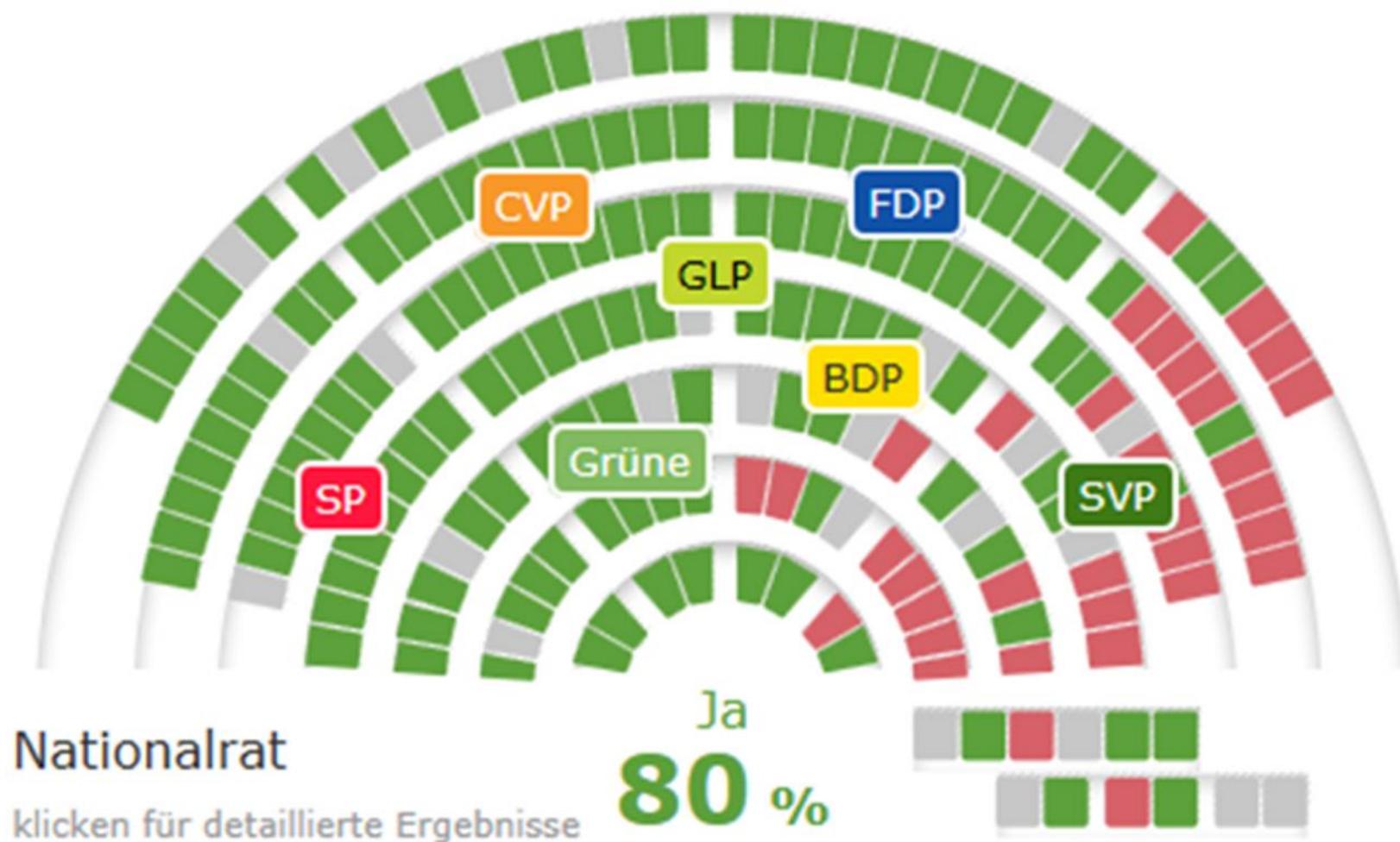
- Die SVP sieht keinen Bedarf, neben den bestehenden Innovationsförderinstrumente an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen und andernorts weitere Mittel für die Innovationsförderung bereitzustellen. Zudem befürchtet sie, dass durch den Innovationspark die aviatische Nutzung des Flugplatzes Dübendorf eingeschränkt werden könnte.

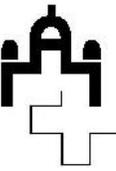
Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat befürwortet die Pläne für einen nationalen Innovationspark. Er hat die gesetzlichen Grundlagen für die Unterstützung des Bundes gutgeheissen, gegen den Willen der SVP. Der Bund will das Projekt mit Bürgschaften und mit Bauland unterstützen, wobei der Baurechtzins nicht an den Bund, sondern als zusätzliche Fördermassnahme an die Stiftung „Swiss Innovation Park“ fliessen soll.
- Die Vorlage geht nun an den Ständerat.



Die SVP ist in der Frage der Schaffung und Subventionierung eines „Innovationsparks“ gespalten





Beim BÜPF muss das Parlament zwischen der Erhöhung der Sicherheit und der Einschränkung der Freiheit abwägen

Worum es geht

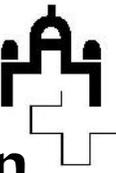
- Das Hauptziel der vorliegenden Totalrevision des BÜPF ist, die Überwachung von Personen zu ermöglichen, gegen die ein dringender Verdacht auf Begehung einer schweren Straftat besteht. Wie es bereits heute der Fall ist, soll es auch in Zukunft nicht möglich sein, ohne jeglichen Tatverdacht Bürgerinnen und Bürger zu überwachen oder gar präventive Überwachungen durchzuführen.
- Unter anderem sind folgende Neuerungen vorgesehen: Die Daten aus Überwachungen werden zentral aufbewahrt; die Aufbewahrungspflicht für Randdaten wird von sechs auf zwölf Monate ausgedehnt; es wird eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz von besonderen technischen Überwachungsgeräten und besonderen Informatikprogrammen geschaffen; die Regelung zum Schutz des Berufsgeheimnisses wird angepasst.

Position der SVP

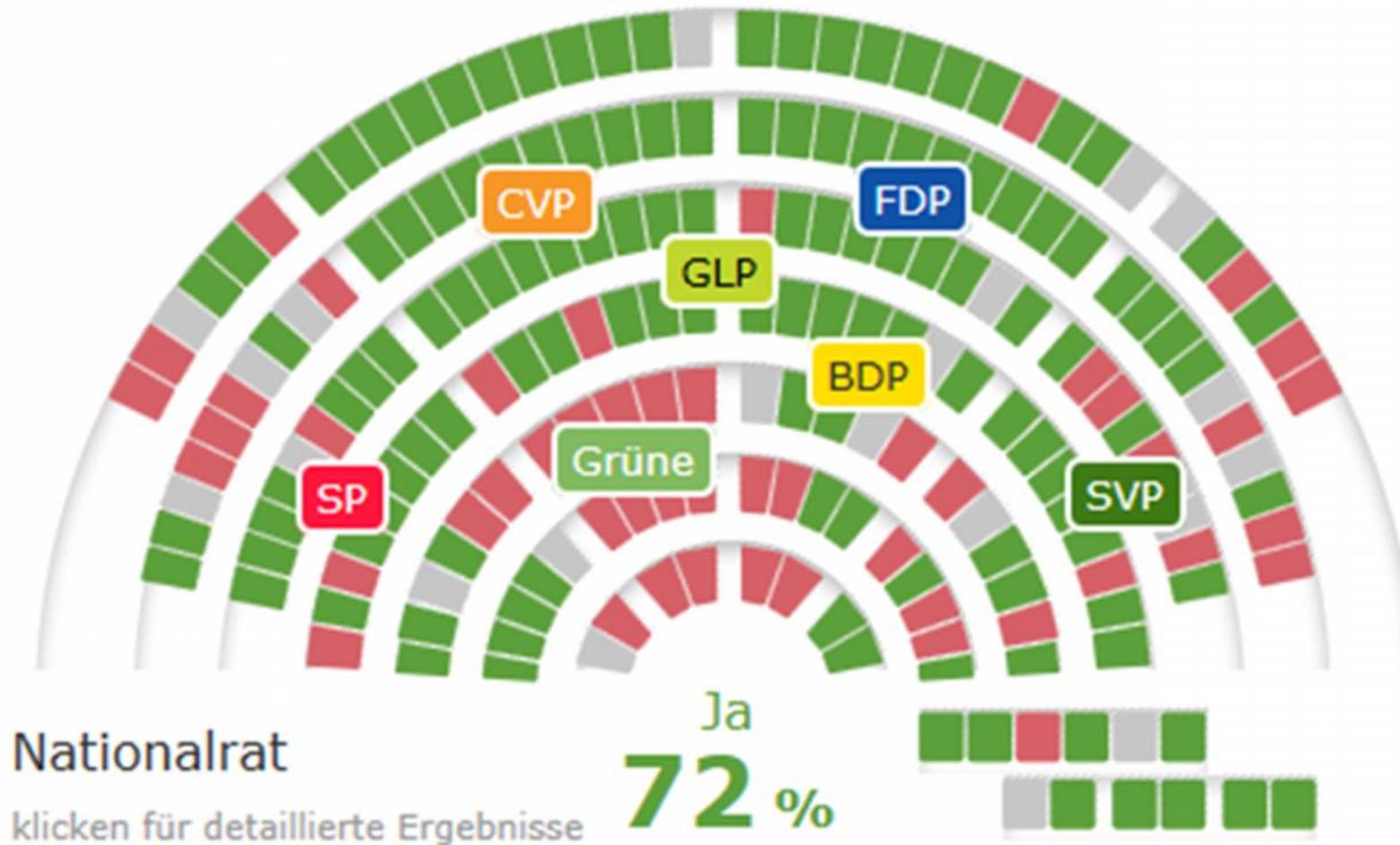
- Ein Teil der SVP unterstützt aus sicherheitspolitischen Gründen die Totalrevision des BÜPF. Ein anderer Teil der SVP lehnt die Revision ab, da grundsätzlich die Freiheitsrechte des Bürgers weiter eingeschränkt werden, währenddessen der Einfluss der Staatsanwälte und der militärischen Untersuchungsrichter ausgedehnt wird.

Ergebnis in den Räten

- Der Nationalrat hat als Zweitrat der Änderung des BÜPF zugestimmt. Die Strafverfolgungsbehörden sollen damit zur Überwachung Verdächtiger Trojaner in Computer einschleusen dürfen. Und sie sollen länger auf Telefonranddaten zugreifen können. Dem Entscheid ging eine lebhafte Debatte voraus. Diese drehte sich um die Frage, ob und wie stark der Schutz der Privatsphäre zum Zweck der Verbrechensbekämpfung eingeschränkt werden darf.
- Am Ende stimmt der Rat der Vorlage mit 110 zu 65 Stimmen bei 9 Enthaltungen zu. Dagegen stellen sich die Grünen sowie die Mehrheit der SP und ein Teil der SVP.
- Ein Referendum zur Vorlage ist bereits angekündigt.



Etwa die Hälfte der SVP Nationalräte und die Grünen beantragen die Rückweisung der Vorlage



9 Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr

Das Links-Rechts-Abstimmungsverhalten kommt beim BÜPF nicht zur Anwendung

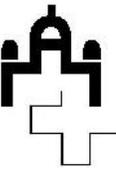
Aebi Andreas	+	V	BE
Aebischer Matthias	+	S	BE
Aeschi Thomas	-	V	ZG
Allemann	+	S	BE
Amarelle	+	S	VD
Amaudruz	+	V	GE
Amherd	+	CE	VS
Amstutz	-	V	BE
Badran Jacqueline	+	S	ZH
Barazzzone	+	CE	GE
Bäumle	-	GL	ZH
Bernasconi	=	S	GE
Bertschy	+	GL	BE
Binder	+	V	ZH
Birmo-Heimo	+	S	LU
Böhni	+	GL	TG
Borer	0	V	SO
Bortoluzzi	+	V	ZH
Bourgeois	+	RL	FR
Brand	-	V	GR
Brunner	-	V	SG
Büchel Roland	+	V	SG
Büchler Jakob	+	CE	SG
Bugnon	+	V	VD
Bulliard	+	CE	FR
Buttet	+	CE	VS
Candinas	+	CE	GR
Carobbio Guscetti	-	S	TI
Caroni	+	RL	AR
Cassis	+	RL	TI
Chevalley	+	GL	VD
Chopard-Acklin	-	S	AG
Ciottu	+	V	NE
Darbelay	+	CE	VS
de Buman	+	CE	FR
de Courten	+	V	BL
Derder	=	RL	VD
Egloff	-	V	ZH
Eichenberger	+	RL	AG
Estermann	-	V	LU
Fässler Daniel	+	CE	AI
Fehr Hans	+	V	ZH
Fehr Jacqueline	0	S	ZH
Feller	+	RL	VD
Ferri Yvonne	-	S	AG
Fisla	+	RL	ZH
Fischer Roland	+	GL	LU
Flach	+	GL	AG
Flückiger Sylvia	-	V	AG
Flun	+	RL	SO

Français	+	RL	VD
Frehner	E	V	BS
Freysinger	0	V	VS
Fridez	+	S	JU
Friedl	+	S	SG
Gallodé	+	S	ZH
Gasche	+	BD	BE
Gasser	+	GL	GR
Geissbühler	E	V	BE
Germannier	0	RL	VS
Giezendanner	-	V	AG
Gilli	-	G	SG
Girod	-	G	ZH
Glanzmann	+	CE	LU
Glättli	-	G	ZH
Gmür	+	CE	SZ
Götzky	+	V	GE
Gössli	+	RL	SZ
Graber Jean-Pierre	-	V	BE
Graf Maya	-	G	BL
Graf-Litscher	+	S	TG
Grin	+	V	VD
Gross Andreas	+	S	ZH
Grossen Jung	+	GL	BE
Gründer	E	BD	BE
Gschwind	+	CE	JU
Guhl	+	BD	AG
Gygi	-	S	SG
Hadorn	-	S	SO
Hardegger	+	S	ZH
Häsler	-	G	BE
Hassler	+	BD	GR
Hausammann	+	V	TG
Heer	+	V	ZH
Heim	=	S	SO
Herzog	-	V	TG
Hess Lorenz	+	BD	BE
Hiltbold	+	RL	GE
Huber	+	RL	UR
Humbel	+	CE	AG
Hutter Thomas	+	V	SH
Ingrid	+	CE	ZH
Jans	-	S	BS
Joder	+	V	BE
John-Calamé	-	G	NE
Jositsch	+	S	ZH
Keller Peter	-	V	NW
Kessler	+	GL	SG
Kiener Nellen	-	S	BE
Küller Hans	-	V	AG

Knecht	-	V	AG
Landolf	0	BD	GL
Lehmann	-	CE	BS
Leuenberger-Geneve	0	G	GE
Leutenegger Oberholzer	-	S	BL
Lohr	-	CE	TG
Lüscher	-	RL	GE
Lustenberger	-	CE	LU
Mahner	-	G	GE
Maire Thomas	-	GL	ZH
Maire Jacques-André	-	S	NE
Markwalder	-	RL	BE
Mara	=	S	VD
Masshardt	-	S	BE
Matter	-	V	ZH
Meier-Schatz	-	CE	SG
Merlini	-	RL	TI
Miesch	-	V	BL
Monnard	-	RL	NE
Moret	-	RL	VD
Mörgeli	-	V	ZH
Moser	-	GL	ZH
Müller Geni	0	G	AG
Müller Leo	-	CE	LU
Müller Philipp	-	RL	AG
Müller Thomas	-	V	SG
Müller Walter	-	RL	SG
Müller-Altematt	-	CE	SO
Munz	=	S	SH
Mürli	-	V	LU
Näf	-	S	ZH
Neiryneck	-	CE	VD
Nidegger	0	V	GE
Nordmann	-	S	VD
Noser	-	RL	ZH
Nussbaumer	-	S	BL
Panzani	-	V	TI
Pardini	-	S	BE
Parmelin	-	V	VD
Perrinjaquet	-	RL	NE
Pezzatti	-	RL	ZG
Pfister Gerard	-	CE	ZG
Pieren	-	V	BE
Piller Carrard	-	S	FR
Portmann	-	RL	ZH
Quadranti	-	BD	ZH
Quadin	-	V	TI
Regazzi	-	CE	TI
Reimann Lukas	-	V	SG
Reimann Maximilian	-	V	AG

Reynard	=	S	VS
Ricki Natale	-	V	ZH
Rikin Kathy	0	CE	ZH
Rime	-	V	FR
Ritter	0	CE	SG
Romano	+	CE	TI
Rossini	P	S	VS
Rösti	-	V	BE
Rutz Rebecca	-	S	VD
Rusconi	-	V	TI
Rutz Gregor	0	V	ZH
Rytz Regula	-	G	BE
Scheibel	-	G	LU
Schenker Silvia	-	S	BS
Schibi	-	V	ZH
Schilliger	-	RL	LU
Schläfli	-	CE	SO
Schmid-Federer	-	CE	ZH
Schneeberger	-	RL	BL
Schneider Schütel	-	S	FR
Schneider-Schneiter	-	CE	BL
Schwaab	-	S	VD
Schwander	-	V	SZ
Semadeni	-	S	GR
Segenthaler	-	BD	BE
Sommaruga Carlo	-	S	GE
Stahli	-	V	ZH
Stamm	=	V	AG
Steiert	-	S	FR
Stolz	-	RL	BS
Streff	-	CE	BE
Thorens Gourmaz	-	G	VD
Tomare	-	S	GE
Trede	-	G	BE
Tschäppät	+	S	BE
Tschürmerlin	-	S	SZ
van Singer	-	G	VD
Velton	-	V	VD
Vischer Daniel	-	G	ZH
Vitali	-	RL	LU
Vogler	-	CE	OW
Von Sieenthal	-	V	BE
Vonuz	-	S	VD
Walter	-	V	TG
Walti Beat	-	RL	ZH
Wasserfallen	-	RL	BE
Weibel	-	GL	ZH
Wermuth	-	S	AG
Winkler	-	BD	ZH
Wobmann	-	V	SO

Fraktion / Groupe / Gruppo	GL	CE	BD	G	RL	S	V	Tot
+ Ja / oui / si	10	29	7		27	27	28	128
- Nein / non / no	2			13	1	12	22	50
= Enth. / abst. / ast.					1	5	1	7
E Entschuldigd gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1				2	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	1	2	1	1	4	11
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1



Die Initiative gegen die Heiratsstrafe kommt im Jahr 2016 ohne Gegenvorschlag vors Volk

Worum es geht

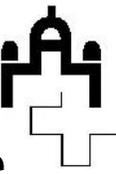
- Die Initiative will, dass Ehepaare bei den Steuern nicht mehr benachteiligt werden. Sie sollen aber weiterhin als Wirtschaftsgemeinschaft betrachtet werden. Im Sozialversicherungsrecht soll eine Lösung ausgearbeitet werden, die zum Ziel hat, dass Rentnerehepaare nicht länger schlechter gestellt sind als Rentnerkonkubinatspaare.
- Der Bundesrat empfiehlt die Initiative zur Annahme, da er sich bei einer Annahme der Volksinitiative und der Verankerung des Grundsatzes der gemeinsamen Besteuerung der Ehepaare in der Verfassung erhofft, einen politischen Kompromiss finden zu können, wie die Überbesteuerung von Ehepaaren beseitigt werden kann.

Position der SVP

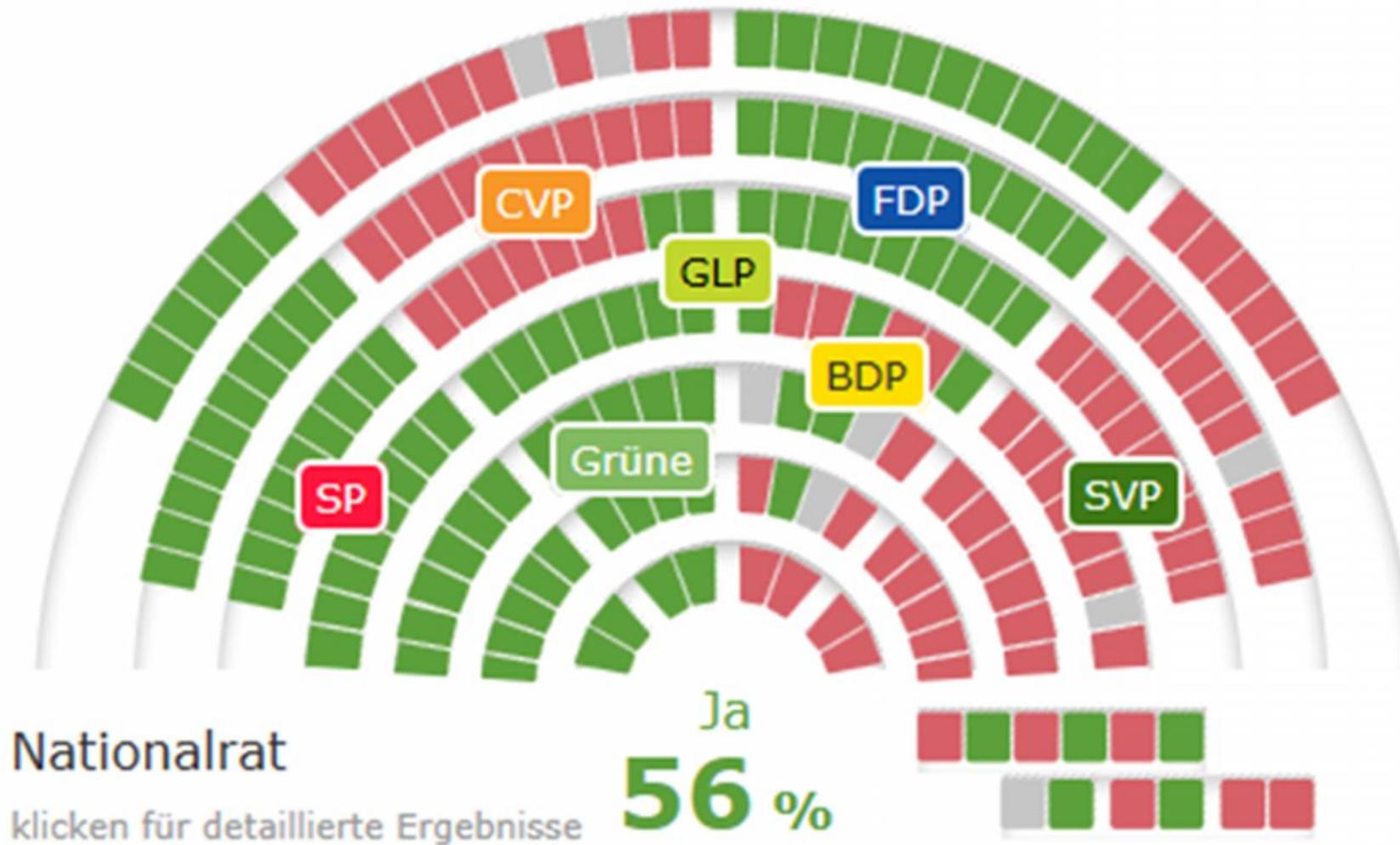
- Die SVP unterstützt die CVP-Initiative, da sie die Benachteiligung der Ehepaare ebenfalls beseitigen will und dabei den Grundsatzes der gemeinsamen Besteuerung der Ehepaare der Individualbesteuerung vorzieht.

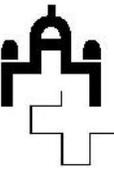
Ergebnis in den Räten

- Zuerst fand sowohl im Nationalrat als auch im Ständerat ein direkter Gegenvorschlag eine Mehrheit. Dieser sieht wie die Initiative vor, dass Ehepaare bei den Steuern und Sozialversicherungen gegenüber Konkubinatspaaren nicht benachteiligt werden dürfen. Im Gegensatz zur Initiative fehlt aber eine Definition der Ehe als "Lebensgemeinschaft von Mann und Frau" und die Einführung der Individualbesteuerung bleibt weiterhin möglich.
- Nachdem der direkte Gegenvorschlag in der Frühlingssession scheiterte, ist in dieser Session lediglich noch die Frage nach der Abstimmungsempfehlung offen. National- und Ständerat empfehlen dem Stimmvolk, die Volksinitiative der CVP gegen die "Heiratsstrafe" abzulehnen. Die Vertreter der CVP und der SVP sprechen sich vergeblich dafür aus, keine Abstimmungsempfehlung abzugeben.



FDP, GLP und die Linksparteien gewinnen mit ihrem Antrag die Initiative gegen die Heiratsstrafe zur Ablehnung zu empfehlen





Das Parlament stärkt den Konsumentenschutz und führt bei Telefonverläufen ein Widerrufsrecht von 14 Tagen ein

Worum es geht

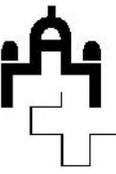
- Aufgrund einer parlamentarischen Initiative schlug die Rechtskommission des Ständerates die Einführung eines allgemeinen Widerrufsrechts von 14 Tagen für Konsumenten bei Telefonverträgen, sowie beim Versand- und Online-Handel vor, was von Bundesrat begrüsst wurde. So sollen Konsumenten besser vor übereilten Kaufentscheiden und Überrumpelung geschützt werden.
- In der Sommersession 2014 folgte die Mehrheit des Ständerates dieser Argumentation stimmte der Vorlage mit 23 zu 17 Stimmen zu, während eine Minderheit eine Ausweitung auf Onlineverträge ablehnte.
- Eine bürgerliche Mehrheit lehnte es in der Herbstsession 2014 mit 95 zu 84 Stimmen ab, ein allgemeines Widerrufsrecht im Onlinehandel einzuführen. Bei Käufen via Telefon sollen Kunden hingegen innert 14 Tagen vom Vertrag zurücktreten können.

Position der SVP

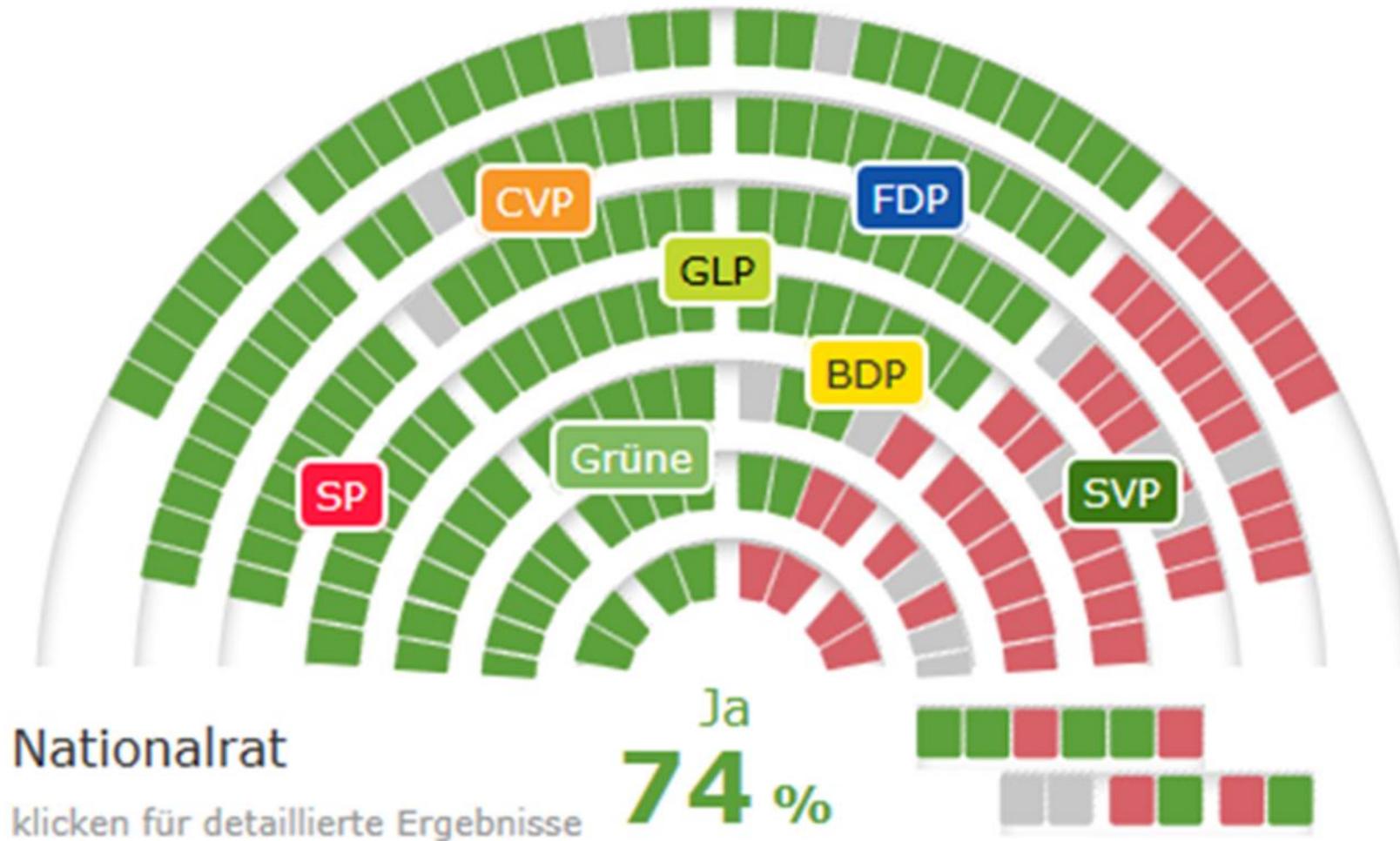
- Die SVP lehnt die Vorlage ab, da sie keinen Bedarf sieht, das Widerrufsrecht beim Haustürgeschäften auf das Fernabsatzgeschäft auszudehnen. Genau gleich wie ein potentieller Käufer telefonisch zu einem Kauf gedrängt werden kann, ist dies auch physisch in einem Geschäft möglich.

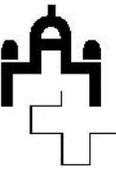
Ergebnis in den Räten

- Nach jahrelangem Hickhack bereinigt das Parlament die Stärkung des Konsumentenschutzes. Wer Waren per Telefon bestellt, soll ein Widerrufsrecht von 14 Tagen haben. Konsumenten sollen zudem eine Entschädigung bezahlen, wenn sie den erworbenen Gegenstand vor Rückgabe missbräuchlich genutzt haben.
- Die SVP lehnt die Vorlage in der Schlussabstimmung ab.



Einzig die SVP lehnt die Ausdehnung von Bürokratie und Regulierung bei Telefonverläufen ab





Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/5)

Initiative AHVplus

- Der Ständerat will die AHV-Renten nicht um zehn Prozent erhöhen. Er lehnt die Volksinitiative "AHVplus - für eine starke AHV" (14.087) mit 33 zu 11 Stimmen ab.

Milchkuh- Initiative

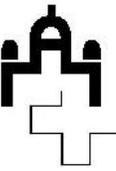
- Der Nationalrat will die Einnahmen aus der Mineralölsteuer nicht ausschliesslich für den Strassenverkehr verwenden. Nach dem Ständerat lehnt auch die grosse Kammer die "Milchkuh-Initiative" (14.089) entgegen dem Willen der SVP mit 97 zu 65 Stimmen bei 11 Enthaltungen ab. Mit nur zwei Stimmen Unterschied wird die von der SVP geforderte Verknüpfung mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF), abgelehnt. Dies hätte es erlaubt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. (14.089)

Initiative Grüne Wirtschaft

- Der Nationalrat tritt äusserst knapp entgegen dem Willen der SVP auf den wirtschaftsfeindlichen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)" (14.019) ein. Der Entscheid fällt mit Stichentscheid des Präsidenten Stéphane Rossini (SP/VS). Die Details wird der Rat voraussichtlich in der Herbstsession beraten. Die kleine Kammer hatte dem Gegenvorschlag bereits zugestimmt.

Initiative Schutz vor Sexualisierung der Kinder

- Der Ständerat lehnt die Volksinitiative "Schutz vor Sexualisierung im Kindergarten und Primarschule" (14.092) mit nur einer Gegenstimme ab. Nach dem Willen der Initianten sollen Schulen Sexualkundeunterricht nur Kindern anbieten dürfen, die das neunte Altersjahr vollendet haben. Auslöser für die von rechtskonservativen Kreisen lancierte Initiative war der sogenannte "Sex-Koffer", der in baselstädtischen Schulen zum Einsatz gekommen war.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/5)

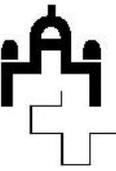
Neuer Grundsatz
zum Service
public in der
Verfassung

Förderung des
Friedens und die
menschliche
Sicherheit

Globaler
Umweltfonds

Subventionierung
einer
Bahnstrecke in
Frankreich

- Der Ständerat bleibt dabei: In der Bundesverfassung soll ein neuer Grundsatz zum Service public (13.036) verankert werden. Der Nationalrat ist gegen einen solchen Verfassungsartikel und ist in der Frühjahrssession nicht auf die Vorlage eingetreten. Aus Sicht der SVP ist die geplante Verfassungsbestimmung überflüssig. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug.
- Der Nationalrat stockt den Rahmenkredit für die Förderung des Friedens und die menschliche Sicherheit um 84 Millionen Franken auf und verlängert dessen Laufzeit (15.016). Es handelt sich um eine Überbrückung bis Ende 2016, weil der aktuelle vierjährige Rahmenkredit von 323 Millionen Franken im Frühling 2016 ausläuft. Die SVP-Fraktion sprach sich aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die Überbrückung aus.
- Weiter hat der Ständerat hat Zweitrat entgegen dem Willen der SVP einen Rahmenkredit von 148 Millionen Franken für den weltweiten Umweltschutz in den Jahren 2015 bis 2018 gutgeheissen (14.062). Der grösste Teil des Geldes fliesst in den Globalen Umweltfonds. Eine von Werner Hösli (SVP/GL) angeführte Minderheit beantragte, aufgrund des starken Schweizer Frankens weniger in den Globalen Umweltfonds zu entrichten und den Rahmenkredit auf 129 Millionen Franken zu kürzen. Dies lehnte der Rat jedoch ab.
- Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einem Bahnabkommen (14.071) zwischen der Schweiz und Frankreich zugestimmt. Frankreich baut einen 2 Kilometer langen Streckenabschnitt bis in den Bahnhof Annemasse. Für den Anschluss des französischen Streckenabschnitts an das Bahnstromnetz der SBB leistet der Bund eine einmalige Zahlung von 15,7 Millionen Euro.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/5)

Rüstungs- programm 2015

- Der Nationalrat ist damit einverstanden, dass der Bund Aufklärungsdrohnen aus Israel kauft. Die bürgerlichen Fraktionen stellen sich hinter das Rüstungsprogramm 2015 (15.017), das Beschaffungen für insgesamt 542 Millionen Franken vorsieht. Im Programm enthalten ist der Kauf von 879 leichten geländegängigen Motorfahrzeugen für 271 Millionen Franken. Und schliesslich ist der Nationalrat damit einverstanden, 21 Millionen Franken für die Beschaffung neuer Schiesssimulatoren auszugeben. Kürzungs- und Verzichtsanträge von SP und Grünen blieben chancenlos. Die Vorlage geht an den Ständerat.

Keine Transport- flugzeuge

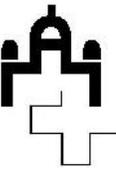
- Der Nationalrat will keine Transportflugzeuge oder Transporthelikopter für die Friedensförderung. Er lehnte im Sinne der SVP mit 89 zu 74 Stimmen und 18 Enthaltungen eine Motion (14.4130) aus der SP-Fraktion ab.

Registrierung aller Waffen

- Der Nationalrat hat es im Sinne der SVP abgelehnt, eine Pflicht zur Registrierung aller Waffen einzuführen. Mit 106 zu 84 Stimmen beschloss er, die entsprechenden Bestimmungen zu streichen. Die Vorlage (13.109), die auch die Information zwischen den Behörden verbessern soll, geht nun an den Ständerat.

Beflaggung des Bundeshauses

- Auf dem Bundeshaus soll immer eine Schweizerfahne wehen. Der Ständerat überwies als Zweitrat stillschweigend eine Motion (14.3096) von Yvette Estermann (SVP/LU). Heute werden nur während den Sessionen die Fahnen am Parlamentsgebäude gehisst.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/5)

Elektronisches Patientendossier

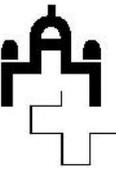
- Die Vorlage zum elektronischen Patientendossier (13.050) ist unter Dach und Fach. Spitäler und Pflegeheime müssen künftig solche Dossiers anbieten. Für ambulante Leistungserbringer wie Ärzte, Apotheker, Hebammen oder Chiropraktiker ist dies freiwillig. Ob ein elektronisches Dossier über sie geführt wird, entscheiden in jedem Fall die Patienten. Die Ärzteschaft hatte mit dem Referendum gedroht, falls für sie ein Obligatorium eingeführt werden sollte.

Vorsorgeausgleich bei Scheidung

- Lässt sich ein Paar scheiden, sollen Ehefrauen und -männer, die wegen der Betreuung von gemeinsamen Kindern nicht erwerbstätig gewesen sind, bei der Vorsorge bessergestellt werden. Massgebend für den Ausgleich bei der Vorsorge ist neu der Zeitpunkt, zu dem eine Scheidung eingeleitet wird. Künftig soll die Vorsorge zudem auch dann ausgeglichen werden, wenn ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Scheidung bereits eine Rente bezieht (13.049).

Keine Diskriminierung von Homosexuellen

- Wer Homosexuelle öffentlich pauschal verunglimpft, soll strafrechtlich verfolgt werden können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat entgegen dem Willen der SVP einer Änderung der Antirassismustrafnorm zugestimmt (13.304). Letztes Jahr hatte sich die kleine Kammer noch gegen das Anliegen ausgesprochen. Der Nationalrat hatte dies bereits im März deutlich angenommen.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/5)

Rückzug EU-Beitrittsgesuch

- Im Sinne der SVP nimmt der Nationalrat eine Motion (13.4117) der SVP-Fraktion an, wonach der Bundesrat der EU "unmissverständlich" darlegen soll, dass die Schweiz der EU nicht beitreten will und dass sie keine Verträge abschliesst, welche ihre Souveränität rechtlich oder faktisch einschränken. Zudem soll das EU-Beitrittsgesuch als gegenstandslos betrachtet werden. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Verschärfung des Korruptionsstrafrechts

- Der Ständerat hat die Verschärfung des Korruptionsstrafrechts (14.035) am Mittwoch in einem wichtigen Punkt abgeschwächt: Privatbestechung soll nicht von Amtes wegen verfolgt werden, wenn keine öffentlichen Interessen verletzt oder gefährdet sind. Damit soll erreicht werden, dass Bagatelldelikte nicht als Offizialdelikte verfolgt werden müssen. Nun geht die Vorlage an den Nationalrat.

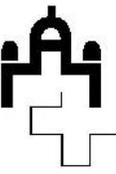
Mehr Geld für Bildung, Forschung und Innovation (BFI)

- Der Nationalrat verlangt entgegen dem Willen der SVP noch mehr Geld für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI). In den Jahren 2017 bis 2020 sollen die Ausgaben jedes Jahr durchschnittlich um 3,9 Prozent wachsen. Zugute kommen soll das Geld der Berufsbildung und den Hochschulen. Die grosse Kammer unterstützte mit 105 zu 81 Stimmen bei 8 Enthaltungen eine Motion (12.409) der Bildungskommission.

Finanzmarktinfrastrukturgesetz

- Das Finanzmarktinfrastrukturgesetz (14.061; FinfraG) ist unter Dach und Fach. Damit übernimmt die Schweiz internationale Standards für Börsen und andere Handelssysteme und Regeln für Marktteilnehmer. Vorgesehen sind auch Positionslimiten für Warenderivate. Diese sollen dazu beitragen, die Finanzmärkte zu stabilisieren. Für Derivate auf Waren, die tatsächlich gehandelt werden, gilt eine Ausnahme. Das Gesetz soll Anfang 2016 in Kraft gesetzt werden. Die SVP lehnt die Vorlage in der Schlussabstimmung ab.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

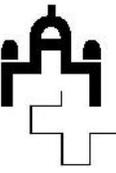
Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Herbstsession: 7. – 25. September 2015**
- **Wintersession: 30. November – 18. Dezember 2015**
 - 30. November 2015: Vereidigung der neugewählten National- und Ständeräte
 - 30. November 2015: Wahlen Präsidien National- und Ständerat
 - 2. Dezember 2015: Feier Nationalrats- und Ständeratspräsident
 - 9. Dezember 2015: Bundesrats-Gesamterneuerung
 - 10. Dezember 2015: Wahlen Bundespräsident/Bundesvizepräsident
 - 17. Dezember 2015: Feier Bundespräsident

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

- **Als Gruppe bis max. 50 Personen:**
 - Anmeldung unter besucherdienst@parl.admin.ch oder 031 322 85 22
- **Als Einzelperson oder Gruppe bis max. 4 Personen:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**



Schreiben Sie Leserbriefe zum Thema Asyl/Migration und teilen Sie die SVP Schweiz Facebook- und Twitter-Nachrichten!

Haben Sie schon gewusst? Das läuft alles schief in unserem Asylwesen:

Jährlich bis zu 6 Milliarden Steuergelder nur für die Asylindustrie zahlen?

- Der Bund zahlt jährlich über 1 Milliarde Franken fürs Asylwesen und 3 Milliarden für die Entwicklungshilfe. Kantone und Gemeinden tragen Kosten von bis zu 2 Milliarden. Dieses Geld der Steuerzahler versandt grösstenteils in der Asylindustrie, internationaler Bürokratie und Korruption. Die Wirkung auf den Zustrom der Asylanten ist gleich Null.

2015: + 30'000 Asylbewerber

- 50% der Asylbewerber sind aus der EU
- Zusätzliche Kosten: + 600 Mio. Fr. für diese 15'000 Asylbewerber jährlich

Wer ist schuld daran?

Mit der von SP-Bundesrätin Sommaruga betriebenen Asylpolitik werden Missbräuche gefördert. Profitiert haben die Wirtschaftsmigranten, Schlepperbanden und die Asylindustrie in der Schweiz.

SVP Schweiz
Die Partei des Mittelstandes

Mehr Infos unter www.svp.ch

10k people like this

Invite friends to like this Page

ABOUT

SVP Schweiz - Die Partei des Mittelstandes
En français: facebook.com/UDCch
<http://www.svp.ch/>

PHOTOS

SVP Schweiz added 2 new photos. 9 hrs · IP

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz im Interview mit der BZ, warum die SVP die Armee reform im Nationalrat abgelehnt hat:

"Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass wir Lippenbekenntnissen nicht trauen können. In Budgetdebatten ist der Armee immer wieder Geld entzogen worden. Bei diesem Spiel macht die SVP nicht mehr mit. Fortwährend bei der Sicherheit für die eigene Bevölkerung zu sparen und gleichzeitig immer mehr Milliarden in die Entwicklungshilfe und ins Asylchaos zu pumpen ist Unsinn. Es braucht jetzt Finanzierungssicherheit. Wir setzen uns nicht für die Armee ein, weil wir besondere Freude am Militär haben. Sondern weil unsere Armee für die Sicherheit der Schweiz unabdingbar ist."

abendliches... ren Auftrag zu erfüllen. In Budgethalten ist der Armee immer wieder Geld entzogen worden. »Wa... Frie...

Recent

2015

2014

2013

2012

Founded

Sponsored

autosuche.ch

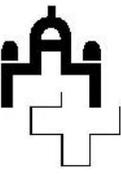
Poste bei uns Deinern (Traum) wagen und Gewinne tolle Preise!

Like Page · 1,573 people like this page

VOTED TOP STRATEGY G... ★★★★★ Soldiers Inc. Commander, Just Click Play Now to Go Where No General Has Gone Before!

Play Now · 100,000 people play this

Chat



Haben Sie Fragen?